

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Bräunerstr. 6/6,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
von Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.50,
frei ins Haus 2.50,
wo keine Post am Orte, 2.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserionsgebühren
betragen für die einspaltige
Colonne oder deren Raum
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Vereins- und
Versammlungsanzeigen
15 Pfennige.
Auswärtige Inserate 35 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Samstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 138.

Breslau, Freitag, den 16. Juni 1911

22. Jahrgang.

Die Wahlen in Oesterreich.

Nach den bisherigen Nachrichten sind von insgesamt 616 Wahlkreisen 430 Resultate bekannt, die Wahlen in Galizien und Dalmatien finden zumeist erst vom 16. bis 19. Juni statt. Die Verluste unserer Partei beschränken sich auf die schon gestern aus Böhmen und Oberösterreich gemeldeten acht Mandate. Alle anderen Verluste wurden durch Gewinne auf der anderen Seite wieder wett gemacht. Zu diesen Gewinnen gehört die Wahl des Genossen Daszinski in einem Krakauer Wahlkreis, der auch in Polenklub gehörte, und die Wahl des Genossen Foll in dem Grenzkrise Würtental. Die Sozialdemokratie ist schon jetzt an hundert Stichwahlen beteiligt und hat bei ihnen Gelegenheit, auch die übrigen Verluste wett zu machen. Endgültig gewählt sind bisher 244 Abgeordnete, davon 63 Christlichsoziale, 44 Deutsch-Freiheitliche, 43 Sozialdemokraten, 34 Mitglieder des Polenklubs, 24 Südslawen, 11 Mitglieder des Polenklubs, 10 Italiener, 5 Bukowiner-Ruthenen, 5 Rumänen, 2 Witze, 1 Alt-Konservativer, 1 Alt-Deutscher und 1 Zionist. Der Verlust der Christlichsozialen wird, selbst wenn sie alle günstigen Stichwahlen gewinnen könnten, was ausgeschlossen ist, mehr als ein Duzend Mandate betragen. Von Sozialdemokraten sind bisher gewählt Adler, Bernerstorfer, Seitz, Ellenbogen, Skaret, David, Schumeyer, Kessel-Graz, Cingr, Abram-Zinsbrud, Schacherl, Pengraß, von den tschechischen Genossen Nemec, Aust, Schmarek und Winter, Genosse Nemec steht ein zweites Mal in Stichwahl. Außer dem Polen Daszinski ist der rumänische Genosse Grigorovici gewählt, die übrigen polnischen und rumänischen Mandate sind noch nicht besetzt. In einem Christlichsozialen Telegramm, in dem die Niederlage der eigenen Partei ganz unerwähnt bleibt, wird folgende Gegenüberstellung aufgemacht:

Die deutschen Sozialdemokraten verloren acht Mandate an die Deutsch-Freiheitlichen, gewannen dagegen eins von ihnen, die tschechischen Sozialdemokraten verloren zwei an die tschechischen Nationalsozialen, die italienischen Sozialdemokraten verloren eins, dagegen gewannen die Sozialdemokraten in Galizien zwei Mandate. Der Gesamtverlust der Sozialdemokraten beträgt somit bisher acht Mandate. Die Deutsch-Freiheitlichen kommen in die Stichwahl mit den Sozialdemokraten in 40 Bezirken, mit den Christlichsozialen in 19 Bezirken. Die Christlichsozialen kommen mit den Sozialdemokraten ebenfalls in 19 Bezirken in die Stichwahl. Die Deutsch-Freiheitlichen gewannen ein Mandat von den Christlichsozialen. 37 Stichwahlen finden zwischen Tschechen und Sozialdemokraten und vier zwischen Italienern und Sozialdemokraten statt.

Wichtiger noch als diese Aufrechnung ist der Vergleich der Stimmenzahl; in allen Teilen Oesterreichs ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stark gestiegen, am meisten in Niederösterreich. Aber auch in Wien wurden 20.000 Stimmen mehr für die Sozialdemokraten abgegeben, obwohl die Christlichsozialen Behörden Zehntausende von Arbeitern „versehenlich“ nicht in die Listen eingetragen hatten.

Am ersten Tage nach der Wahl bot sich dem österreichischen Zentralorgan folgendes Wahlbild:

Es sind also gewählt in Wien sieben Sozialdemokraten, zwei Christlichsoziale und ein Freiheitlicher. In Stichwahlen mit den Christlichsozialen stehen zwölf Sozialdemokraten und elf Freiheitliche.

Schon aus dieser Darstellung ist aber auch der gewaltige Erfolg der Sozialdemokratie sichtbar. Seine bedeutsamste Seite ist die wahrhaft mächtige Stimmenzunahme in allen Bezirken (ein Beispiel: in der Leopoldstadt beträgt unser Zuwachs mehr als dreitausend Stimmen). Aber auch der Mandaterfolg ist sehr eindrucksvoll. Wohl haben wir heute nur ein Mandat weniger besetzt (weil wir in Simmering in Stichwahl gedrängt wurden), aber dafür sehen unsere Stichwahlen in Meidling (hier fehlte uns nur eine Handvoll Stimmen) und in Filzhaus ganz anders aus als vor vier Jahren. Im übrigen steht die Stichwahl in Simmering sehr günstig und ebenso versprechen die in Meidling, Filzhaus, Margareten, Leopoldstadt vollen Erfolg. Nicht minder bedeutsam sind die Stichwahlen auf der Landstraße, in Mariasbül, in Sieking, in Hernals, lauter mächtige Erfolge, die einen gewaltigen Fortschritt bezeugen. Und daß die alten Stammbürger der Partei, daß Favoriten, Ottafing, Floridsdorf und die Brigittenau ihren Ruf bewahrt und für die Sozialdemokraten noch größere Mehrheiten gebracht haben, versteht sich eigentlich von selbst. Zu diesen Hochburgen hat sich nun auch Rudolfsheim zugesellt, wo unsere Mehrheit prächtig gewachsen ist. So war der heutige Wahltag für die Wiener Sozialdemokratie ein Tag hoher Ehre und echter Freude!

Auch im Lande Niederösterreich ist unser Erfolg gewaltig. Vor allem ist es der altsächsische Wahlkreis

Bernerstorfers in Wiener-Neustadt, der überall stürmischen Jubel wecken wird. Das vorige Mal ist Bernerstorfer erst in der Stichwahl gewählt worden, diesmal hat er in einem Wurf das Mandat gewonnen, und noch dazu gegen den stärksten Kandidaten, den die Bürgerlichen aufreiben konnten, gegen den Bürgermeister der Stadt! Ebenso prächtig ist Kainers Sieg in Neunkirchen, errungen gegen die deutschgelbe Maffia, die hier einen Wahlkampf entfesselt hat, der an Unmoral und Skrupellosigkeit seinesgleichen sucht. Auch Smitta und Tomisch haben die Mandate mit wachsenden Stimmenmehrheiten behauptet. Freischneider kommt, durch einen Zufall beinahe, in die Stichwahl; es fehlen ihm nur etwa sechzig Stimmen, so daß der Sieg wohl als sicher angenommen werden kann. In Gmünd, St. Pölten und Baden kommen wir ebenso wie im Jahre 1907 in die Stichwahl; die Situation ist diesmal in allen Wahlbezirken eher günstiger. Einen Fortschritt bedeutet der Ausgang in Krems; hier haben wir die Christlichsozialen verdrängt und mit Herrn Weidenhoffer kommt nun Genosse Schlinger in Stichwahl. In allen Bezirken zeigt sich auch ein großer Rückgang der Christlichsozialen Stimmen, der im Mittelbacher Bezirk Herrn Seemann in die Stichwahl gedrängt hat, aus der er hoffentlich mehr tot als lebendig herauskommen wird. Er vervollständigt die Galerie der nichtgewählten und durchgefallenen Christlichsozialen. Selbst in den Landgemeinden ist ihr Rückgang unverkennbar; zum ersten Mal haben wir in diese Phalanx Preise geschossen und kommen in Mödling-Land (Genosse Morinet gegen Herrn Kemetter) in Stichwahl, und in eine gar nicht aussichtslose. Die übrigen Landgemeinbezirke haben die Christlichsozialen noch behauptet, aber auch da ist ihnen mancherlei Mißgeschick zugefallen.

In Oberösterreich haben wir das dritte Zinger Mandat überlegen behauptet, in den zwei anderen Bezirken sind wir aus der Stichwahl gedrängt worden und die Freiheitlichen haben sie letztlich in der Hauptwahl gewonnen. Es waren, wie man weiß, im Jahre 1907 höchst zufällige Siege. Sonst ist in den Städtebezirken das Verhältnis unverändert: die Freiheitlichen stehen mit den Christlichsozialen in allen drei Bezirken (Steyr, Wels, Ried) in Stichwahl, bei der die Sozialdemokraten entscheiden. In den Landgemeinden haben die Merkanten selbstverständlich das Feld behauptet. In Salzburg haben wir insofern einen Erfolg zu verzeichnen, als wir diesmal in zwei der städtischen Bezirke in Stichwahl kommen: sowohl in Salzburg I, wo Genosse Freunster mit Stölzel in Stichwahl steht, wie in den Städten des Landes, wo diesmal mit den Freiheitlichen Huber nicht der Christlichsoziale, sondern Genosse Witternigg in Stichwahl gekommen ist. In Klagenfurt, wo wir bisher zwei Mandate (eins in der Hauptwahl und eins in der Stichwahl) erobert hatten, haben wir diesmal mit drei Stichwahlen weniger gut abgeschnitten; die näheren Angaben fehlen zur Stunde noch, so daß die Stichwahlsituation noch nicht überblickt werden kann; aber die Schlussbilanz wird uns wohl die Erhaltung des Bestandes zeigen. In Steiermark haben wir die vier sozialdemokratischen Burgen natürlich glänzend behauptet; dagegen ist der Marburger Zufallsieg diesmal verloren gegangen. Zum Ersatz stehen wir in zwei bis drei recht günstigen Stichwahlen.

Mit Erfolgen und Mißerfolgen zugleich schließt die Wahl in Böhmen ab. Soweit die Meldungen zur Stunde vorliegen, wurden bisher gewählt: Adw (Karlsbad-Land), Hanusch (Mähren), Kieger (Tscheken-Land), Wäsch (Eger-Land), Schäfer (Reichenberg-Land), Stödel (Graz-Stadt), Palmo (Graz-Land) und Seliger (Teplitz-Land). Von den im Jahre 1907 in der Hauptwahl Gewählten sind Winarsky (Friedland) und Dertel (Aussig-Land) in Stichwahl gedrängt worden. Als schmerzlichen Verlust müssen wir die Niederlage Schrammels in Aussig-Stadt buchen. Dagegen sind viele Erfolge durch Aufsteigen in Stichwahlen zu verzeichnen, die die gute Hoffnung eröffnen, im Schlussergebnis den früheren Bestand voll zu behaupten.

In Mähren hatten wir bisher drei Mandate, zwei in der Hauptwahl, eines in der Stichwahl. Es ist leider nicht gelungen, die Hauptwahlmandate zu behaupten, Mährisch-Schönberg-Land ist verloren gegangen und in Röhmerstadt sind wir in die Stichwahl gedrängt worden. In Schleien haben wir das Mandat Würtental-Land erobert; dort ist Genosse Foll schon heute gewählt worden. In Czernowitz in der Bukowina ist Grigorovici, dem Herr Skedel das Mandat wegnehmen wollte, diesmal schon in der Hauptwahl gewählt worden.

Der Verlauf der Wahlen zum österreichischen Abgeordnetenhaus erregt in Deutschland stärkeres Interesse als der Wahlkampf in anderen Ländern außerhalb der schwarz-weißen Pfähle. Nachbarschaft, Bundesgenossenschaft, Gemeinlichkeit geschichtlicher Erinnerungen, ganz besonders auch die so nahestehenden Beziehungen der reichsdeutschen Sozialdemokratie zu ihrer österreichischen Bruderpartei, schließlich die Nähe der deutschen Reichstagswahlen, das alles wirkt zu-

sammen, die Teilnahme an diesem politischen Kampfspiel draußen vor den Toren ungewöhnlich lebhaft zu gestalten.

Jeden Erfolg, den eine Gruppe der proletarischen Weltorganisation erringt, betrachten wir als unseren eigenen Erfolg, jedes Mißgeschick, das die Brüder draußen trifft, als ihren eigenen Nachteil. Man erinnert sich auch noch, mit welcher tiefen Freude und Genugtuung das glänzende Ergebnis von 1907 aufgenommen wurde, das man damals als Trost und Aufmunterung empfand nach der Schluppe, die die deutsche Partei, wenige Monate zuvor bei den Gottenloffenwahlen erlitten hatte. Wenn diesmal die österreichischen Wahleresultate, wie es scheint, hinter unerbittlich überschwenglichen Erwartungen ein wenig zurückbleiben sollten, so würde sich die deutsche Sozialdemokratie dessen erinnern, daß sie der österreichischen Bruderpartei von 1907 her Revanche schuldig ist. Hoffentlich werden die deutschen Januarwahlen von 1912 den Oesterreichern Ersatz für manches bringen, was sie bei ihren eigenen Juniwahlen von 1911 entfahren mußten.

Aber trotzbedürftig sind die Oesterreicher nach diesen Wahlen keineswegs. Die gescheiterte Niederlage, die sie in Wien der christlich-sozialen Partei beibrachten, muß sie für einige vorübergehende Mandatsverluste, die sie vielleicht im Lande draußen erleiden werden, reichlich entschädigen. Der Zusammenbruch des demagogischen Großstadt-Klerikalismus ist das entscheidende Ereignis der österreichischen Wahlen, das weit über die Grenzen hinauswirkt. Denn wie die Sozialdemokratie ist ja auch der Klerikalismus eine internationale Partei, und die Niederlage, die er in Wien erlitten hat, in der größten katholischen Stadt deutscher Zunge, wird auch das deutsche Zentrum in seinen Knochen spüren.

Sinst hofften auch Breslauer Antisemiten und Merkale, daß unsere Stadt, die den Mittelpunkt auf dem Wege zwischen Berlin und Wien bildet, sich an der Rückständigkeit der Wiener Viehlosaweds ein Vorbild nehmen würde. Heute haust dort ein böser Ragenjammer, denn heute treiben die eroberungslustigen „Herren von Wien“ auf gerettetem Kahn bescheiden in den Hafen des platten Landes. Wien muß uns ein Vorbild werden. In den katholischen Großstädten des Reiches müssen die Merkanten zusammengehauen werden wie in Wien!

Klagende Schnapspatrioten!

Die agrarisch-konservative „Deutsche Tageszeitung“ vergrüßt bittere Tränen über den Rückgang des Schnapsverbrauchs in Deutschland. Tiefbestimmert schreibt sie:

Daß die Branntweinverbrauchsabgabe im Jahre 1910 um über 25 Millionen Mark hinter dem Voranschlage zurückgeblieben ist, bleibt ungemünzt bedauerlich; vor allem aber zeigt es, wie schwer das in fast beispiellos hoher Belastete Brennereigewerbe an der Steuererhöhung zu tragen hat. Die Mitteilungen über günstigere Ergebnisse im April und Mai 1911 können hoffentlich als ein Anzeichen dafür gelten, daß die Depression im Brennereigewerbe nachzulassen beginnt.

„Bedauerlich!“ seufzt der Bund der Landwirte mit bedrückter Miene, da der Branntweinsuff abzunehmen beginnt, „hoffentlich! Hoffentlich!“ atmet er hörbar auf, wenn sich der Schnapsverkauf wieder etwas „günstiger“ gestaltet! Erhöhung des Schnapskonsums bedeutet, das weiß der Statistiker, Sinken des Wohlstands, Zunahme von Krankheit, Elend, Verbrechen. Aber in dem gleichen Maße wie Trinkerheilstätten, Armenhäuser, Jugendhäuser füllen sich die Portemonnaies der Junker. Ehe ein Mensch soweit ist, im Säuerwahn sein Weib mit der Gade totzuschlagen, hat das edle „Brennereigewerbe“ ein kleines Vermögen an ihm verdient. Und dann, Schnaps macht zufrieden, wer kauft, denkt nicht nach! Wenn Herr Dertel schon den Studenten den Rat geben durfte, lieber wie bisher dem Gott Bachus zu dienen, statt sich mit gefährlicher Politik zu beschäftigen, wieviel mehr muß diese Lebensweisheit des „bodenständigen“ Kulturphilosophen aus der Dessauerstraße in Berlin für simple Proletarier gelten. Nieder mit der Sozialdemokratie, es lebe der Suff!

Wächte doch jeder Arbeiter, der das Gläschen süßen Gifts an die Lippen setzen will, bedenken, welche Freude er seinen niederträchtigsten Feinden bereitet, wenn er es trinkt — er würde es zurückfinden und nie wieder danach greifen! Die Freude der gewerksmäßigen Volksbergkletter über die „günstigeren“ Ergebnisse des Branntwein-Verbrauches würde dann bald zu Ende sein!

Politische Uebersicht.

Nachlänge vom Samstag.

Die scharfe Kampfanzeige des Hansabund-Vorsitzenden Nieker an die Rechte hat in der konservativen Presse ein lebhaftes Echo gefunden, doch kommen die Antworten über das gewöhnliche Normalmaß der ältesten Schlagworte nicht hinaus. Wichtig ist allerdings, daß der Hansatag lange nicht so gut bejuchet war, wie die liberale Presse glauben machen möchte, denn gut ein Drittel des zur Verfügung stehenden Raumes blieb völlig leer; falsch ist dagegen die Behauptung der agrarischen Blätter, daß die

letzte Bundesversammlung der Agrarier besser besucht gewesen sei, auch damals hätte man von den berühmten Aepfeln, die nicht zur Erde fallen können, einige Dutzend Wagenladungen im Saale verstauen können, ohne die Versammlungsteilnehmer in ihrer Bewegungsfreiheit zu stören. Wichtig ist ferner, daß die Ganja-Versammlung stimmunglos verlief und außer den Reden Niebers und Stresemanns nichts als unerträgliche Belanglosigkeiten brachte, doch auch die Agrarier kochten mit Wasser und das Einzige, worauf sie sich besser verstehen, ist die Abrihtung einer lästigen Plaque, die sich, wo Gedanken fehlen, zur rechten Zeit mit ihrem „minutenlangen Beifall“ einstellt. Wahrscheinlich ist schließlich auch richtig, was die „Deutsche Tageszeitung“ vorzüglich andeutet, daß die Mittel des Hansabundes durchaus nicht so gewaltig sind, wie man gewöhnlich annimmt. Es ist fürchterlich viel Geld in der ersten Zeit verwirrt worden, und die Nachfüllung der Fonds erfolgte sehr langsam, so daß der Barbestand in den Klassen ganz bedenklich zusammenschmolz. Der erste Sonntag soll auch hauptsächlich zu dem Zweck veranlaßt worden sein, neue Geldmittel heranzuschaffen, deren man dringend bedarf. Die Schwerindustrie, die sich zum Sonntag völlig passiv verhielt — die Rädiger und Kirchhof, die in der Gründungsversammlung sprachen, sind von der Bildfläche verschwunden —, sammelt in Stücken für ihren Wahlfonds, den berühmten „Juliussturm“, und hat dem Hansabund die finanzielle Unterstützung gänzlich entzogen.

Natürlich lobt die konservative Presse ganz gewaltig wegen der richtigen Bemerkungen, die Herr Nieber in seiner Schlußrede über den reaktionären Charakter der sogenannten Sammlungsliste gemacht hat. So verichert die „Deutsche Tageszeitung“, der Hansabund (der mit einem Hoch auf Wilhelm II. und einem Guldigungs-Telegramm eröffnet wurde), habe sich jetzt „als ein benutzter und unbedingter Schrittmacher der Sozialdemokratie“ demaskiert. Diese fortgesetzten Demagnationen gegen alle, die nicht wie die Junker wollen, sie förderten die Sozialdemokratie, machen nachgerade schon den Eindruck, als ob sie einer gewissen Nüchternschwäche und Hilflosigkeit entsprängen. Auch nach der Auffassung der „Scharfmacher-Post“ hat der Erste Allgemeine Hansatag nicht in hinreichend scharfer Weise gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen. Nur dann habe sich die Versammlung zu rauschendem Beifall geeint, wenn ein wichtiger Auspruch oder eine gefällige Bemerkung über den Bund der Landwirte gefallen sei. Wollte man den Hansabund nur nach dieser Tagung beurteilen, müßte man annehmen, daß die Sozialdemokratie als Gegnerin kaum in Betracht käme. Keiner von den vierzehn Verhandlungsrednern wandte sich gegen den schlimmen Feind der bürgerlichen Gesellschaft, der doch in gleichem Maße die Arbeit unserer Industriellen, den Fortschritt unseres Handels und die Entwicklung unseres Gewerbes bedroht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt sich die denklichste Mühe, die Hansabundtagung zu verhöhn. Sie sucht die Redner dadurch verächtlich zu machen, daß sie sie als ein „Israelit aus Nürnberg“ und „ein Karlsruher Jude“ bezeichnet. Die volle Schale ihres Jorns gießt die Deutsche Tageszeitung über Stresemann aus, den sie den raffiniertesten und in seinen Mitteln unbedenklichsten Redner des Tages nennt, von „einer Miene von seltsamer Wahrheitsliebe“ spricht und ihm Mangel an Ehrlichkeit vorwirft. Der stumpfsinnige Streit der bürgerlichen Parteien, vor nun eigentlich von ihnen der „Schrittmacher der Sozialdemokratie“ sei, wird naturgemäß nie ein Ende finden, denn alle bürgerlichen Gruppen und Parteien haben sich diesen Ehrentitel verdient, keine kann behaupten, daß sie zur Förderung der Sozialdemokratie nichts beigetragen habe. Wenn die Hansabundler behaupten, die Agrarier trieben durch ihre Junkerfreiheit und Sabotage Hundert-

tausende ins sozialdemokratische Lager, so haben sie gewiß recht. Und wenn umgekehrt die Agrarier behaupten, die Kritik der Ganja an unseren öffentlichen Zuständen komme nur der Sozialdemokratie zugute, so haben sie wahrscheinlich auch recht. Dagegen ist nun einmal im bürgerlichen Garten kein Kraut gewachsen: der eine versucht es so, der andere umgekehrt, und regelmäßig heißt das Ergebnis: Wachstum der Sozialdemokratie. Was also die Schrittmacher betrifft, so hat die Sozialdemokratie den Bund der Landwirte zum „Schrittmacher“, sie hat den Reichsverband, der alle anständigen Leute durch seine Manieren ins entgegengelegte Lager treibt, sie braucht den Hansabund gar nicht.

Die nationalliberale Wahltaktik in Düsseldorf. Zu dem Vorschlag der „Kölnischen Zeitung“, die Nationalliberalen sollten bei der Erziehung für den bevorstehenden Zentrumsabgeordneten Kirch-Düsseldorf auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten, bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“, nach ihrem Empfinden bedeute ein solcher Vorschlag ein sehr eigenartiges Wahlmanöver.

Die Nationalliberalen hätten das letzte Mal in Düsseldorf fast 150.000 Stimmen aufgebracht, und wenn sie auch schwerlich hoffen könnten, selbst in die Stichwahl zu kommen, sei es doch bisher wohl noch kaum jemals vorgekommen, daß eine Partei, die über rund 20 Prozent der Stimmen eines Wahlkreises verfügte, von Anfang an einfach die Stirne ins Korn gemorsten und darauf verzichtet hätte, eine so große Anhängerzahl in die Entscheidung treten zu lassen. Der Grund für den Vorschlag der „Kölnischen Zeitung“ sei allerdings keinen Augenblick unklar, zumal das Blatt selbst ihn recht deutlich angebe: es sei den Nationalliberalen äußerst unbequem, jetzt vor den allgemeinen Wahlen in einem Einzelkandidaten überhand zu nehmen, die ihr für die allgemeine Wahl eine Fessel werden oder doch als Präzedenz aufgefaßt werden könnte. Erst in zweiter Linie erscheint es der „Deutschen Tageszeitung“ interessant, ob die Freunde der „Kölnischen Zeitung“ es lieber vermeiden wollen, jetzt bereits in einem Einzelkandidaten für das Zentrum oder für die Sozialdemokratie direkt oder indirekt sich zu engagieren. Das Wichtigste ist vielmehr, daß diese Nationalliberalen überhaupt darüber im Zweifel sein können, daß es ihre unbedingte Pflicht wäre, gegen die Sozialdemokratie einzutreten. Das Zögern, gegenüber der Umsturzpartei die nationale Pflicht zu tun, wie ihre Sache, überhaupt offen Farbe zu bekennen, seien ebenso bezeichnend, wie sie im Zeichen der Passivität der Parteiführung nationalliberal seien.

Aus dem Jünnen der „Deutschen Tageszeitung“ spricht in erster Linie die laute Besorgnis, daß dem schwarzen Bladbruder der Schwarz-Blauen in Düsseldorf eine empfindliche Niederlage drohe.

Den schwarzen Rauhändler, die in der „Köln. Volkszeitung“ anlässlich der Erziehung in Düsseldorf die Nationalliberalen hinarbeiteten, wahren wollen, daß ihre Wahltaktik auf eine „Förderung der Sozialdemokratie“ hinauslaufe, reißt unser Elberfelder Parteiblatt unter die Nase, daß das Zentrum selbst sozialdemokratische Wahlhilfe nicht verschmäht hat, wenn es solche für seine Schwerkpläne nur nützlich hielt. Unser Elberfelder Parteiblatt schreibt:

„Hat das Zentrum nicht des öfteren die „breite Klust, die jedes Wahlbündnis ausschließt“, sorgsam ausgefüllt? Hat es nicht oft genug Wahlbündnisse mit Sozialdemokraten abgeschlossen, obwohl solche nach den Ausführungen der „Köln. Volkszeitung“ mit dem Wesen einer staatsfeindlichen Partei unvereinbar sind? Herr Partischer in Bochum ging vor der letzten Landtagswahl schriftliche Verpflichtungen gegenüber den Sozialdemokraten ein. Herr Sauermann in Duisburg dankte schriftlich den Sozialdemokraten dafür, daß sie bei der letzten Landtagswahl ihn gegen den Scharfmacher herausgehoben, das Wahlkomitee der Zentrumspartei in Dagen erklärte 1907 in seiner Erziehungspartei den Sozialdemokraten für das kleinere Übel, nachdem in Bezug auf die Wahlkreise Dagen und Damm-Sosst formelle Abmachungen zwischen den beiden Parteien getroffen worden waren. In Duisburg wurde der Sozialdemokrat mit Hilfe des Zentrums gewählt und in vielen anderen Wahlkreisen war es ebenso.“

Und wie war es denn in Dagen? Die Zentrums-Jesuiten sind wirklich die letzten, die anderen über die Wahl-taktik gute Lehren geben können. Immerhin schadet es

nichts, wenn sie ihre innere Feindschaft gegen die Sozialdemokratie jetzt klar zum Ausdruck bringen, um so weniger, als dabei ihre eigene Pharisäermoral grell beleuchtet wird.

Reichmann und Frank. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt, in der Presse werde dauernd die Mitteilung erörtert, daß vor einiger Zeit „einer der führenden Genossen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“ zum Reichskanzler zu einer Besprechung über schwebende Reichstagsangelegenheiten einbitten worden und erschienen sei. Verfümmert meint die „Konservative Korrespondenz“, sie habe immer gehofft, daß ein offizielles Dementi dieses ihr recht wenig wahrscheinlich bedenkenden Vorgangs erfolgen würde. Habe es doch schon viel Kopfschütteln und Bedenken erregt, daß der Staatssekretär Delbrück kürzlich bei der Verfassungsfrage für Elsaß-Lothringen, wie behauptet worden sei, die Praxis eingeführt habe, „auch mit den Mitgliedern jener staatsfeindlichen Richtung in vertrauliche geschäftliche Beratungen einzutreten.“ Es müsse doch einen eigenen Eindruck auf die lokale Bevölkerung des Landes machen, wenn sie sehe, daß die höchsten Staatsbeamten gegen eine Partei, die offen den Umsturz eben dieser Staats- und Gesellschaftsordnung betreibt und erkläre, gleichwohl den Standpunkt einer Gleichberechtigung mit den übrigen bürgerlichen Parteien zu beobachten schienen. — Krügen Oldenburg und Hennebrand das Klappern ins Gebein, oder jüden sie den Dolch gegen Reichmann?

40 000 religionsfeindliche Bücher verbrannt! In aufschallendem Sperrdruck, aus dem die jubelnde Freude spricht, bringt die „Schief. Volkszeitung“ folgende Meldung zur Kenntnis ihrer Leser:

40 000 religionsfeindliche Bücher verbrannt! Die Staatsanwaltschaft in Altona hat angeordnet, daß 40 000 Bücher, die in dem Strafprozeß gegen den Verlagsbuchhändler Nagel in Altona wegen Beschimpfung der katholischen Religion eingezogen worden sind, jetzt, nachdem das Urteil gegen Nagel Rechtskraft erlangt hat, auf dem Hofe des Gerichtsgebäudes in Altona durch Feuer vernichtet werden.

„Durch Feuer vernichtet!“ Wie anheimelnd, wie mittelalterlich traut! 40 000 Bücher auf einem Haufen verbrannt! Schade, schade, oben auf diesem brennenden Haufen hätte eigentlich der Keel geschmort werden müssen, der den ganzen Kram geschrieben und gedruckt hat. So hat man früher gemacht und die modernen Humanitätsrücksichten sind nichts weiter als Erfindungen des Satans!

Der deutsch-japanische Handelsvertrag. Am Dienstag trat der Wirtschaftliche Ausschuss zusammen, um den Abschluss eines Handelsvertrages mit Japan zu erörtern. Zu den Verhandlungen sind Sachverständige aus den deutschen Handels- und Industriekreisen geladen, die an den auf der Tagesordnung stehenden Fragen interessiert sind. Die Verhandlungen werden undoubtedly geheim geführt.

Rechnungsmittelsteuer. Die Ausschüsse des Bundesrats haben die Beratung über zwei wichtige Ausführungsverordnungen abgeschlossen. Die eine betrifft die Rechnungsmittelsteuer und regelt Fragen, die der Leuchtmetallindustrie und den beteiligten Kreisen zu Anträgen Anlaß gegeben hatten. Die zweite Verordnung bezieht sich auf das Gesetz wegen Veränderung des Zündwarensteuergebühres und bezweckt, den im Parlamente und in der Presse vielfach erörterten Wünschen des Zündwarengewerbes, soweit es die Beschäftigten gestatten, entgegenzukommen. Die Beschlußfassung im Plenum des Bundesrats wird noch im Laufe dieser Woche erwartet.

Gefährliche Wege. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung meint, der Algerias-Vertrag bestrebe, wie guter Schweizerkäse, überhaupt nur noch aus Löchern. In Berlin aber sehe man noch immer das schöne Blatt Papier. Man habe einmal erklärt, ein Loch würde genügen, um für Deutschland die völlige Aktionsfreiheit wieder gewinnen zu lassen. Aber vor dieser Aktionsfreiheit fürchte man sich offenbar, weil man vor die Notwendigkeit gestellt wäre, einen Entschluß zu fassen. Für die Herren in der Berliner Wilhelmstraße lasse sich kaum eine größere Dual denken.

Spanien, das in der Reihe der Großmächte schon lange nicht mehr zähle, habe den Mut, den Franzosen einfach durch die Tar zu beweisen, daß man eben so gewandt, wie sie sei, Löcher

Wer tat's?

Roman von Konrad Feilmann.

25) (Nachdruck verboten.)
Seraphina hatte sich mit ihrer Flechtarbeit wieder am Fenster niedergelassen und verdrachte dort in hübschem Gröbchen den Rest des Tages. Severo kam heute spät, später als sonst. Sie wartete seiner Ankunft entgegen, aber sie war sich noch immer nicht klar über das, was werden sollte, sie wußte nicht einmal, ob dies Jünnen eine der freudigen Erwartungen, der Angst oder des Grauens war. Ein Paar mal ging sie vor die Tür hinaus, um den Weg hinanzupähen, und wanderte sich dann über sich selber, daß sie so aufgeregte war. Das war gerade, wie in der allerersten Zeit nach ihrer Verheiratung, wo sie es auch immer nicht hatte erwidern können, bis Severo heimkam. Und doch mußte sie nicht, wie sie ihn empfangen sollte. Als sie ihn endlich kommen sah, ließ sie schnell ins Haus.
Er kam mit schmerzlichen, mühsamen Tränen über die Schenkel und schrie gleich nach ihr. „Koch lachte er ihr ins Gesicht, als sie kam. Das waren ja schöne Gesichter, die er da oben zu hören bekommen hatte! Kann man bei einer Siebhaber ist, so habe sie bei der ersten. So war's recht, da zeigte sich doch gleich, was für eine sie eigentlich war. Die Zeit, wo er kein war, wurde ihr auf diese Art natürlich nicht lang. Aber dieser Grauwige! Warum hatte sie sich dem letzten besseren ausgesucht? Und hatte ihn, Severo, noch gar eingeredet, sie habe kein, was hatte sie in seiner Gegenwart gemacht, mit ihm zu reden. Was für ein Komödientenspiel! Welche er sie denn verweigern gut? Denn das hatte Krüppel Severo doch nicht getan. Und Pietro Mariani geht ja auch als ein Geistes. Über ist sie alles nur was queren Willen und um einen Feindvertrauen zu haben? Welche Unterredungen mit einem, der nur über einen Arm verfügte, wußten wohl von ganz eigenartigem Reiz sein.
Er sprachte das alles heraus mit heiserer Stimme, mit höhnlich-bitterem, unaufrichtigen Lachen, köhrend er freudig vor ihr stand, die Hand in den Hosentaschen, und sie mit passivem-lächelndem Augen in einem flüchtigen roten Gesicht empfangte. Seraphina glaubte, eine Feilschung, er sei wieder gekommen. Aber das schien nicht der Fall zu sein. Nur unaufrichtig erregt war er, und sein Arm bebte. Er wurde offenbar gerührt, und er alles für höfliche, wichtige, wichtige Dinge zu bezeichnen, was das er sie sich dadurch für immer entfremdet und für Severo gegen ihn verächtlich hätte, jetzt wenn er einen Schimmer von Verständnis besaß, hätte zu seiner Flechtarbeit, hochhalten, von Stille und trübender Verdrängung, die sie wieder an den ersten Abend, wo sie er einen Augenblick lang mit ihm sprach, und sie sich selber Abend mit dem Lächeln schenkte. — In einem Augenblick und eben so schnell war, als bei

und den letzten Rest von Mitleid und Reue in ihr erloschen umhüllte. Sie behauptete sie eine Weile mit an. Das er schon heute von Pietro Mariani Besuch bei ihr erfahren würde, hatte sie nicht gedacht, auf solch einen Ausdruck war sie daher auch nicht vorbereitet gewesen. Und wenn er wenigstens nur leuchtend hätte, die ganze Eifersuchtserei, deren er fähig war, wie sie gestern erst an seinen würgenden Fingern gespürt, über sie ergossen hätte, das hätte sie begreifen, das hätte sie begreifen können. Man konnte ihm ja Ungehörliches zugehen lassen, erwidert und verdracht, solange, bis es ihm das Blut in den Adern brachte, bis er nicht mehr konnte, was er sprach und was er tat. Und aus dem alles hätte sie ja immer noch erfahren, daß er sie liebte, denn für ein Weib, das ihm gleichgültig geworden, hätte er sich nicht so aufgeregt. Aber dies, was sie nun erlebte, machte sie stumm und taub. Sie fandelte Severo mit Augen voll stählernen Schweißes an, als er geendet hatte. Dann wandte sie sich wortlos um und wollte gehen.
Das brachte ihn aus seiner Rolle. Mit dem Aufsteigen eines betäubenden Lutes fuhr er auf und griff nach ihr. Seine Faust hatte ihr lockiges Haar und riß sie daran herum. „Reißer vor! Reißer er ihr ins Ohr: „Dime! Dime!“
Sie empfand einen so wilden Schmerz, daß sie laut hätte aufschreien müssen, aber sie ließ die Lippen zusammen, und ließ ihn nur mit beiden Händen von sich. Als er zurückkam, sah sie in die Tiefe und schob den inneren den Ringel der Tür vor. Man war sie geborgen. Und nun war sie sich an den Boden nieder und schloß die Augen vor herabstürzender Verzweiflung. — Ihre Schritte in den Raum geschritt, damit er sie brauche nur ja nicht höre. Denn er sollte nicht glauben, daß er ihr auch nur eine Minute noch wert war. Das ihr! Sie fühlte sich so erdrückt, daß sie kaum mehr Empfindung oder Widerstand gegen ihn empfand, daß nur selber in beständiger Vorankunft der ihr Reue mit sich hatte. Ihr Stolz war nie zerbrochen. Und ihr Stolz war das je ihr wertvollstes Besitztum gewesen.
Severo hatte eine Zeitung an der Tür gerückt und mit beiden Händen geschlagen, dann war er mit einem Schlag gesunken. Sie hörte seinen Schritt drängen auf der Straße, er ging nach dem Hause hin. In die Küche trat er. Dort würde er sich ansetzen und dann, halb oder ganz bezaubert, in der Küche zu ihr zurückkommen, — um entweder in sein brutales Schicksal den besten Augenblick oder aber weils und zärtlich zu werden. — Je nach dem Grade seiner Betrübtheit, und das war so wichtig, wie das andere, — das letzte vielleicht noch wichtiger. Wichtig und unaufrichtig. Sie würde nicht merken, bis er zurückkam, und sie konnte mit ihm zusammenstürzen und nicht mehr helfen. Jetzt nicht und nie mehr. Es war alles das, was hatte Severo das Band zwischen ihnen zerissen mit der Verdrängung, die er ihr ins Gesicht geschleudert, — einer Verdrängung, die sie nicht wieder verstehen und nie mehr gut

machen ließ. Sie hatte ihm wahrlich genug verziehen, — nun war's zu Ende. Fort also! Fort! Oder sie hätte sich selber nicht höher achten müssen als ein Tier.
Sie raffte sich vom Boden auf, wo sie bis dahin, in Qualen sich windend, gelegen hatte, sie schlepte sich müde, mit Schlingung und Gebärden einer Schwerkranken, bis an die Tür. So weit war's also. Denn nun, wenn sie blühte, hätte es einen dauernden Kampf zwischen ihnen beiden gegeben — einen Kampf bis zur Vernichtung. Wie die wilden Tiere würden sie über einander hergefallen sein. Davor eilte ihr. Denn seine Beschimpfungen widerstandslos ertragen konnte sie ja doch nicht, — sie, die nichts hatte, als ihren Stolz und ihre Ehre, — ihre makellose Frauenehre. Vergriffen hatte er sich ja ohnehin schon gefehert an ihr. Und nun würde er sie umbringen, — oder sie ihn.
Sie horchte einen Augenblick mit angehaltenem Atem zur Gasse hinaus, ob er auch nicht wieder zurückkam, sie nur hatte sicher machen wollen, wohl gar von Hause heimgerufen wurde. Aber sie hörte nichts und atmete ein Paar mal tief auf. Dann ging sie und wusch sich Gesicht und Hände. Sie wusch nicht, warum sie das tat, es geschah instinktmäßig. Die Schenkel, die sie hier in diesem Hause erfahren hatte, das sein Haus war, wollte sie von sich abwuschen, ehe sie es verließ. Als sie damit fertig war, packte sie ein Paar Sockelgassen in ein Bündel zusammen, warf ein Tuch um den Kopf und ging. Alles das hatte sie ruhig, fast mechanisch getan, ohne sich einen Augenblick zu bestimmen. Nun kehrte sie von der Tür noch einmal um, suchte in der Küche nach einem Messer, wählte das schärfste von allen aus, die da lagen, und steckte es zu sich. Das hätte sie fast vergessen gehabt und doch wurde sie es brauchen können, — vielleicht nötiger, als alles andere sonst. Sorgfältig löschte sie nun noch den letzten glühenden Feuerrest auf dem Herd, dann schritt sie über die Schwelle und zog die Tür hinter sich zu. In diesem Hause war keine Stille mehr für sie.
Drüßen vor dem Abendbrotbilde kniete sie eine kleine Weile nieder, betete, bekrängte sich und erhob sich wieder. Dann schritt sie bergan. Sie hatte sich nicht einen Augenblick überlegt, wohin sie eigentlich gehen sollte. Es gab keinen Zweifel für sie, daß sie in die Berge müsse. Dort war sie heimlich gewesen, dortin gebirgt sie. Wenn irgendein, würde sie dort wieder gesund werden, — denn es kam ihr vor, als sei sie jetzt krank. Eine Last drückte auf ihre Schultern, ihr Atem ging mühsam und ihr Gang war schleppend: Sie wußte sich zwingen, vorwärts zu kommen. Erst als sie höher gelangt war und die Furcht nicht mehr in ihr war, besloß sie zu werden, von der sie sich anfangs nicht hätte freimachen können, wurde ihre Haltung aufrechter und ihr Gang leichter. Sie blieb einmal stehen und sog mit ätternen Nasenflügeln die Luft der Höhe ein, wie sie lange emblethelles Dassel. Ihre volle Kraft löst ihr um der letzten Augenblicke zurückkommen.

in einen Fehden Papier zu machen. Und dann schwingt sich die „Rechtliche Westfälische Zeitung“ zu folgenden pathetischen Wendungen auf: „Nur, Ihr Herren in der Berliner Wilhelmstraße! Frankreich wird Spanien, dem kleinen Spanien, gewiß nicht den Krieg erklären, weil es seine völlige Unionsfreiheit auszuüben weiß! Ihr erzittert, feststellen zu müssen, daß Ihr die Unionsfreiheit wieder gewonnen habt. Wird in Zukunft noch ein deutsches Wort als ein Wort hingenommen werden? Die Position verlangt auch einmal eine Tat! Die französische Felle vor den Mauern von Ipey würden zum traurigen Symbol werden für die Art, wie die deutsche Regierung die deutsche Volkswirtschaft vertritt, wie die deutsche Regierung die mutige Tat, den Entschluß zur Tat steht!“ Also: An die Gewehre!

Landwirtschaftliche Unternehmerverbände. Während den Landarbeitern hartnäckig immer noch das Koalitionsrecht verweigert wird, breiten sich die ländlichen Unternehmerverbände immer mehr aus. Nach einem Vortrage des Direktors Heins vom Deutschen Arbeitgeberverband für Landwirtschaft in Königsberg will der ländliche Unternehmerverband in erster Linie nicht eine Kampforganisation sein, sondern „am sozialen Werk mitarbeiten“. Der deutsche Arbeitgeberverband für Landwirtschaft wurde im Oktober 1908 in Schleswig-Holstein gegründet und zählt heute reichlich 11 000 Mitglieder. In 12 verschiedenen Orten hat er eigene Nachweise eingerichtet. Er steht mit den industriellen Unternehmerverbänden in einem festen Kartellverhältnis, um die Ueberweisung von Arbeit und Arbeitern zu erleichtern. Der deutsche Arbeitgeberverband für Landwirtschaft bekämpft vor allem den Kontraktbruch; die „kontrafisten Leute“ werden von Verbänden in jeder Weise bevorzugt, u. a. erhalten sie auch unentgeltliche Rechtsauskunft. Auch dann, wenn Arbeiter gegen ihren „Herrn“ klagen wollen?

Der Verein ostpreussischer Landwirte beschloß nach dem Vortrage Heins seinen Beitritt zum Arbeitgeberverband für Landwirtschaft.

Das Ende des Reichsinvalidenfonds. Im Haushalt für 1911 als Restbestand des Reichsinvalidenfonds ein Betrag von 10 Millionen Mark vorgesehen. Nach den Ausgaben, die für das Jahr 1910 — nach dem isobren erfolgten Abschluß — gemacht sind, und nach dem Ergebnis der für Rechnung des Reichsinvalidenfonds erfolgten Verkäufe an Effekten stellt sich der für 1911 verbleibende Rest tatsächlich auf 8,8 Millionen Mark. Das bedeutet also ein Mehr von 1,2 Millionen. Nach dem Haushaltsanschlag für 1911 belaufen sich die Ausgaben für Pensionen der Kriegsinvaliden auf 32,5 Millionen. Unter der Voraussetzung, daß dieser Vorschlag nicht überhört wird, werden die zur Ergänzung aus den allgemeinen Reichsmitteln zur Verfügung gestellten 25 Millionen Mark nicht voll in Anspruch genommen werden. Da die Pensionen aus dem Invalidenfonds monatlich im Voraus bezahlt werden, so ist gegenwärtig durch die bereits für 3 Monate erfolgten Zahlungen der Reichsinvalidenfonds, dessen einstige Höhe sich auf 561 Millionen Mark belief, nunmehr endgültig aufgebraucht. Infolgedessen werden sich die Beträge, die für Kriegsinvaliden aus allgemeinen Reichsmitteln bereitgestellt werden müssen, für das nächste Haushaltsjahr voraussichtlich auf rund 32 Millionen Mark belaufen.

Ausland.

Der internationale Seemannsstreik.

Aus London wird vom 14. Juni gemeldet: Der Generalstreik der Seeleute wurde verkündigt. Die Seeleute stellen folgende neun Forderungen auf:

1. Gründung eines Schiedsgerichtsbureaus.
2. Festlegung der Mindestlöhne.
3. Feuerung entsprechend dem Tonnagegehalt der Dampfer.
4. Beteiligung der ärztlichen Untersuchung durch die Vertragsärzte des Reedereiverbandes.
5. Abschaffung des bisherigen Brauches, die Mannschaften in den Lokalitäten der Reedereigesellschaft anzuhornern.
6. Auszahlung eines Lohn a conto während der Reise und nicht erst nach Beendigung derselben.
7. Berechtigung der Seeleute, bei der Unterzeichnung des Lohnvertrags einen Arbeiterdelegierten beizugeben.
8. Festlegung der Arbeitszeit nach Stunden und Regelung des Ueberstundenwelsens.
9. Verbesserung der Schlafstellen.

In Liverpool und Southampton sowie in einigen anderen Häfen hat der Seemannsstreik bereits begonnen. Am Mittwoch fand in Southampton ein großes Meeting statt, in welchem der Geistliche Hopkins die anwesenden Seeleute ermahnte, sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu halten. Der Führer der ganzen Bewegung, das Mitglied des Unterhauses und Präsident der Seesektion David Wilson hielt eine mit großem Enthusiasmus aufgenommene Rede, in der er erklärte, daß seine Bemühungen, die Differenzen mit den Reedern einer friedlichen Lösung entgegenzuführen, an dem Widerstande der Reeder gescheitert seien. Es bleibe somit nichts anderes übrig, als in den Ausstand zu treten. Er riefte an alle Arbeiterklassen des Seemannsgewerbes die Aufforderung, sich dem Streik anzuschließen. Hierauf wurde von der Versammlung mit großer Begeisterung der allgemeine Seemannsstreik proklamiert.

Das Syndikat der Seeleute verlangt als Mindestlohn für Matrosen 110 Mark, für die Heizer 1. Klasse 130 Mark, für die Heizer zweiter Klasse 120 Mark und für die Schiffskellner 80—100 Mark. Ein kurioser Zwischenfall ereignete sich, als David Wilson erklärte, daß den Dockarbeitern, die sich dem Streik anschließen sollten, erlaubt wird, in Einzelfällen weiter zu arbeiten, wenn die von dem Syndikat festgesetzten Mindestlöhne von den Arbeitgebern bezahlt würden. Auch in Liverpool wurde ein großes Meeting der Seeleute abgehalten und in London findet heute Abend gleichfalls eine große Versammlung der Seeleute statt.

Die Reeder stehen der Bewegung sehr skeptisch gegenüber und glauben nicht, daß es gelingen werde, den englischen Schiffsverkehr lahmzulegen. Die zunächst von dem Streik betroffenen Schiffsfahrtsgesellschaften sind die Cunardlinie, die White Starlinie und die Albatrosslinie. Die Streckenden wollen versuchen, die Ausfahrt der großen Ozeandampfer „Rustania“ und „Rawetania“, die tausende und aber tausende von Amerikanern zu verfrachten, nach London bringen sollen, zu verhindern. Auch in den nördlichen Häfen Englands ist die Situation sehr kritisch. In Glasgow sowie in Edinburgh mußten einige Schiffe mangels Besatzung liegen bleiben.

Auch in Amsterdam haben die Seeleute den Generalstreik proklamiert. Ein Teil ist bereits ausständig und hat es abgelehnt, ein neues Abkommen mit den Reedern zu unterzeichnen. Sogar in New York sind die Seeleute zum Streik bereit. Sie wollen selbständig streiken, falls bis Ende der Woche nicht der Ruf von London kommt. Die Dampferlinien erklären, daß sie die umfassendsten Maßnahmen getroffen hätten. Die ausländischen Seeleute der hier liegenden Schiffe kamen im Streitfall mit den Auswanderungsbehörden in Konflikt.

Ueber den Verlauf des Streiks liegen folgende Telegramme aus bürgerlichen Quellen vor:

Amsterdam, 14. Juni. Heute morgen weigerten sich die Mannschaften dreier Dampfer der königlichen niederländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, neuerdings sich anzuheuern zu lassen. Infolgedessen sind alle drei Dampfer von den hiesigen Behörden festgehalten. Die Dampfer sind heute alle festgehalten.

schritten die Arbeiten regelmäßig fort, da sich die Hafenarbeiter dem Streik nicht angeschlossen haben.

Amsterdam, 14. Juni. Bisher sind die Mannschaften von sechs Dampfern ausständig. Die Zahl der Ausständigen beträgt ungefähr 200. Die Besatzung des Dampfers „Celebes“ der Niederland-Compagnie, der heute Nachmittag hier eingelaufen ist, schloß sich dem Aufstand an. „Telegraf“ sagt, die Reeder seien in keiner Weise beunruhigt, da sie im Auslande eine Vielzahl von Seeleuten angeworben haben, die nach Amsterdam kommen würden.

Rotterdam, 14. Juni. Nur ein Schiff hatte heute mit der Anwerbung Schwierigkeiten. Sonst ist nichts von dem Ausstand zu bemerken.

Liverpool, 14. Juni. Heute ist hier der Seemanns-ausstand erklärt. 600 Matrosen und Heizer vom Dampfer „Lentonia“ der White Star-Linie und vom Dampfer „Empress of Ireland“ der Canadian Pacific-Linie, die am 17. beziehungsweise 16. Juni abgehen sollten, haben sich geweigert, auf die Schiffe zu gehen.

Southampton, 14. Juni. Die Mannschaften von der Union Castle- und Royal Mail Company verlangen eine Lohnerhöhung, ehe sie auf die Schiffe gehen.

Der Albaner Krieg geht zu Ende.

Aus amtlicher Quelle wird aus Konstantinopel gemeldet: Da die aufständischen Maitoren vollständig umzingelt und die militärischen Operationen als abgeschlossen zu betrachten sind, hat der Oberkommandierende auf Befehl der kaiserlichen Regierung folgenden Aufruf erlassen:

Bei denjenigen, welche sich innerhalb einer Frist von zehn Tagen ergeben, wird von jeder gerichtlichen Verfolgung abgesehen. Der Sultan spendet 10 000 Pfund für die ärmere Bevölkerung, die Schäden gelitten hat. Außerdem wird die Regierung die zur Hebung des Wohlstandes der ärmern Bevölkerung dieser Gegend nötigen Maßnahmen umgehend treffen.

Der türkische Botschafter in Rom begab sich in die Konsulate und teilte dem Minister des Aeußeren im Namen der ottomanischen Regierung den Amnestie-Erlass mit, sowie die Spende des Sultans für die ärmere Bevölkerung Albanien. Die Porte hoffe, erklärte der Botschafter, daß die Regierung von Montenegro, die sich über die Umstände beklage, die sie mit den übergetretenen Flüchtlingen habe, dazu beitragen werde, daß die Flüchtlinge wieder in ihr altes Gebiet zurückkehren werden. Der Minister erwiderte, wenn die angebotenen Maßnahmen wirksam und in wahrhaft liberaler Weise aufgefaßt und angewendet würden, und die Porte den örtlichen Bedingungen wirklich Rechnung trage, müsse man hoffen und aufrichtig wünschen, daß für Albanien eine Zeit der Versöhnung und des Friedens anbrechen werde. Er glaube sicher, daß die montenegrinische Regierung froh sein werde, daß sie nicht mehr für die Flüchtlinge sorgen brauche.

Genosse Liebknecht in Wien in Oesterreich.

Deutsche bürgerliche Blätter verbreiten über Zusammenstöße im Anschluß an die Versammlungen, die Genosse Liebknecht in Böhmen abhielt, die abenteuerlichsten Meldungen. Diese sind frei erfunden. Liebknecht sprach am Sonnabend Abend in Wien, am Sonntag, Morgen, Mittag und Abends in drei anderen Orten des Wiener Wahlkreises in öffentlichen politischen Versammlungen über das Thema: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“. Trotz aller Hitze wurden diese Versammlungen gestattet, die überall einen ganz vorzüglichen Besuch und eine glänzende Uebernimm auswiesen. Sie wurden von dem Adjunkten Dr. Schwarz als Regierungsvertreter überwacht. Die Versammlung in Wien verlief der Auflösung, als Liebknecht den letzten Satz einer einhundertjährigen Rede aussprach; diejenige in Neudorf brachte zwar mehrere Unterbrechungen durch den Regierungsvertreter, die Auflösung erfolgte jedoch erst, als nach Liebknecht der Kandidat Genosse Hillebrand die Regierung heftig angriff. Die anderen Versammlungen verliefen völlig ungestört. Von gewaltsamen Zusammenstößen unserer Genossen mit der Gendarmerie, die allerdings in Wien mit großem Aufgebote angesetzt war, ist keine Rede. Uebrigens konnten die Auffassungen unsere Genossen nicht hindern, fünf Minuten nach Räumung der Säle die auf den Straßen herrrende Menge zur Abhaltung einer Wählerversammlung wieder hineinzuberufen, und so ganz aus dem allem das zu Ende zu führen, was geplant war. Solche Wählerversammlungen bedürfen in Oesterreich keiner Anmeldung, sie dürfen nicht überwacht und nicht aufgelöst werden.

Die Folgen der Parlamentsbrücherei in Ungarn.

Der Staatsanwalt erhob gegen den Abg. Ludwig Beck Anklage wegen des Verbrechens der Gewalttätigkeit gegen eine Behörde und ferner wegen des Verbrechens der schweren Körperverletzung, weil Beck mit anderen Abgeordneten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 21. März 1910 den Minister-Präsidenten Grafen Khuen-Hedervary und Ueberbauminister Grafen Bela Serenyi während ihrer amtlichen Tätigkeit tätlich mißhandelte und ihnen Verletzungen beibrachte, die in mehr als 8, aber weniger als 20 Tagen heilten. Der Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß die Auslieferung Beck's.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

„Die ungelige Jagd nach Verdienst.“

Ein ostpreussisches Zentrumsblatt, die „Ermlandische Zeitung“ sagt, seit die Anstaltskommission und die Landgesellschaften Güter kaufen, mache sich in den Ostprovinzen eine völlige Entartung auf dem Gütermarkt bemerkbar. Am schärfsten läge es in den Kreisen der mittleren Gutbesitzer aus, in denen eine wilde Jagd nach Verdiensten, Raufen, Verlaufen und Umsetzen beobachtet werde. Einige konservativere Blätter machten wohl hin und wieder mit Seiten auf diese betrieblende Erscheinung aufmerksam, aber die wenigen nur hätten den Mut, den wahren Grund anzugeben und Gelümmel gegen diese Krankheit zu fordern. Jeder sei überzeugt, daß der Preis, der für die Güter bezahlt wird, ein Vielfaches sei. Und doch heule sich jeder, aus der gegenwärtigen Lage Vorteile für sich herauszuschlagen. Tatsächlich stimmten alle verständigen Landleute darin überein, daß die gezahlten Preise in gar keinem Verhältnis zu den Erträgen der Güter ständen. Einzige die Konjunktur, die Nachfrage auf dem Gütermarkt, erkläre die hohen Güterpreise, und die Nachfrage werde wieder durch das Ausstreuen der kapitalkräftigen staatlichen und halbstaatlichen Landgesellschaften, die eine Vermehrung ihrer Kapitale zu sehen brauchten, sondern von vornherein auf den Wiederverkauf rechnen, nämlich geübt. Das Ausstreuen der ostpreussischen Landgesellschaft im Jahre 1908 habe einen Sturm auf dem Gütermarkt verursacht. Das Ueberangebot sei, obgleich für Kellame nichts getan wurde, ein Ueberangebot gewesen. Die fortwährende Steigerung der Landangebote habe eine völlige Verwirrung und Verwilderung auf dem Gütermarkt hervorgerufen. Viele Anseher in den neuen Kolonien schienen nicht auf ihre Rechnung gekommen zu sein. Der Bericht der Landgesellschaft sagt, es zeige sich die unerfreuliche Erscheinung der Zunahme von Weiterverkäufen in den Anstellungen. Die Nachfrage nach Arbeiterstellen sei eine sehr spärliche gewesen, von einer Vermehrung der Landarbeiter durch Kolonisation sei keine Rede. In Großendorf (Kreis Seibitz), wo evangelische Arbeiter angeworben wurden, wurden die Kolonisten vor dem Ruin, da sie mit einem Herbe von fremden roten Schmiedeln nicht können können. Die Kolonisten der Ost-

preussischen Landgesellschaft hätten noch für einige Jahre vor; wenn sie verpachtet wären, würden wohl neue Kolonien bewilligt werden, aber in dem gleichen Maße würden auch die politischen Schwierigkeiten ihre Ausprägungen verdoppeln. Manchen Gutbesitzern werde durch die Millionen noch aufgeschoben werden, aber die ungelige Jagd nach Verdiensten, der unzulässige Landbesitz und die Zerlegung des landwirtschaftlichen Standes würden fortauern. Die Verantwortung dafür falle auf jene zurück, die unter dem Deckmantel der „nationalen“ Arbeit in der Ostmark ihre eigenen selbstsüchtigen Interessen betreiben. Die Konservativen würden ihre Verblendung, dieser Arbeit Unterstützung zu leisten, bei dem unausbleiblichen Ruin mit dem Ruin von Hunderten ihrer Parteigänger bezahlen müssen.

Briegnitz, 15. Juni. „Wer bespricht Gesichtskroße.“ Off. postlagernd unter R. P. 35 Briegnitz. Vorstehendes konnte man dieser Tage als Inserat im „Briegnitzer Tageblatt“ lesen. Natürlich läßt sich auch über die Gesichtskroße reden, und insbesondere, wenn man sie selbst hat, läßt sich gewiß recht viel darüber sagen. Während aber andere Leute froh sind, von der Gesichtskroße nichts anhören zu brauchen, scheint R. P. 35 von höchster Neugierde hierüber erfüllt. Indes gehen wir wohl nicht fehl in der Annahme, daß R. P. 35 zu denen gehört, die selbst am besten über die Gesichtskroße reden können, denn man muß sie eben erst haben, um richtig zu wissen, was das ist. Es ist natürlich höchst verwerflich, wenn Blätter ihre Inseratenpalteln für solchen Pokusposten zur Verfügung stellen und aus dem Ueberglauben mancher Leute ein Geschäft machen. Lauf zum Doktor, R. P. 35; die Ausgabe für das Inserat war ganz umsonst, denn kein altes Weib wird dir helfen können!

Briegnitz, 15. Juni. Ueberfahren und schwer verletzt wurde dieser Tage auf der Heimfahrt ein Landwirt der Umgegend von seinem eigenen Gespann. Als die Pferde einmal scheuten, glitt er vom Wagen herab und die Räder gingen über ihn hinweg. Nach dem Kreisstrafenbause überführt, wurde eine sehr bedenkliche Verletzung der Wirbelsäule konstatiert.

— Einen Raub auf Fall versuchten am Montag Abend in einem Eisenbahnwagen kurz nach dessen Weiterfahrt aus Station Briegnitz eine Anzahl russisch-polnischer Auswanderer an einem ihrer Landsleute. Die „Gesellschaft“ hatte die Wahrnehmung gemacht, daß ihr lieber Landsmann in Besitze einer ansehnlichen Geldsumme war und versuchten, sich das Geld gewaltsam anzueignen. In seiner Gefahr zog der Bedrohte die Notbremse und sprang sofort unter Mitnahme seines Gepäcks ins Freie. Ins Stationsbureau gebracht, dauerte es eine sehr geraume Zeit, ehe man sich über den Vorgang mit ihm verständigt hatte und das weitere veranlassen konnte, denn der fragliche Zug hatte längst seine Weiterfahrt aufgenommen.

Briegnitz, 15. Juni. Von dem Reinertrage des Margaretenfestes, der sich auf 11 820 Mark beläuft, wurden 8820 Mark dem Ausschuss für die Ferienkolonien überwiesen, der damit gedenkt, in diesem Jahre die Zahl der Ferienkolonisten auf 100 zu erhöhen. Der Restbetrag von 6500 Mark soll für die gleichen Zwecke einströmen festgelegt werden. — Die aus dem Ueberchuss noch verbleibenden übrigen 3000 Mark wurden einer Reihe hiesiger Anstalten für hilfsbedürftige Kinder überwiesen. — Die Gesamteinnahmen des „Tages“ betragen 14 730,85 Mark.

Reagan a. D., 15. Juni. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall, dem ein hübsches Menschenleben zum Opfer gefallen ist, ereignete sich hier am Montag. Ein auf dem nach Breslau fahrenden Dampfer beschäftigter Schiffer, der beim Schrotten beschäftigt war, stürzte dabei in die Ober- und verlor sich. Er konnte später nur als Leiche geborgen werden, der Strömung war erst 19 Jahre alt.

Bunzlau, 15. Juni. Seinen Verletzungen erliegen. Trotz angelegter ärztlicher Bemühungen ist es nicht gelungen, den am Mittwoch voriger Woche in einem Tonschacht verunglückten und nach achtstündiger Arbeit lebend geretteten Arbeiter Stern am Leben zu erhalten. Er ist in der Nacht zu Montag, nachdem am Sonntag in dem Befinden der Verunglückten eine Wendung zum Schlimmern eingetreten war, gestorben. Die erlittenen inneren Verletzungen dürften jedenfalls die Todesursache gewesen sein.

Neurode, 15. Juni. Verunglückte Bergleute. Auf der Benzelsgrube bei Ludwigsdorf verunglückten der Bauer Stiller und der Lehrling Grier. Sie waren in einem Querschacht mit Sprengungen beschäftigt, als ein stedengebliebener Schuß losging. Stiller wurde buchstäblich in Stücke gerissen. Er hinterläßt eine Frau und vier uneheliche Kinder. Grier wurde sehr schwer verletzt in das Knappschachtslazarett gebracht.

Sirchberg, 15. Juni. Die Errichtung eines Kreismatoriums soll am Freitag die hiesige Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen. Vorläufig handelt es sich dabei nur um die Herbeiführung eines prinzipiellen Beschlusses. Es soll, ehe die Vorarbeiten für den Bau und für die Beschaffung der Baufkosten getroffen werden, zunächst festgestellt werden, ob die nach den Beschlüssen der Abgeordnetenhaus-Mitglieder erforderliche Zweidrittel-Majorität in der Stadtverordneten-Versammlung für den Bau vorhanden ist. Alles Weitere unterliegt späterer Beschlussfassung.

Sirchberg, 15. Juni. Reichsverbandstatter. Die Arbeiter der Papierfabrik von Gebrüder Erfurt waren nicht wenig erstaunt, als sie am Sonnabend bei der Lohnzahlung ein Flugblatt bekamen mit der Ueberschrift: „Der Segen der deutschen Arbeitervereinsorganisation.“ Es ist dies ein Produkt des satyam bekannten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der Segen der Arbeitervereinsorganisation und die Opferfreudigkeit der Unternehmer wird darin in allen Konzerten besungen. Alte, schon unzählige Male gegen die Sozialdemokratie vorgebrachte Verleumdungen werden da abermals ausgewirmt und den Arbeitern vorgelesen. Eine dreifache Unbefangenheit der Firma ist es, der organisierten Arbeiterschaft solchen gedruckten Schwindel anzubieten; noch dazu gerade in den Tagen, wo durch die Reichsvereinsvereinsordnung die Arbeiter in den Krankenkassen entrechtet, die Witwen und Waisen in ungläublicher Weise verhöhnt worden sind. Da die Arbeiter der Papierindustrie in der letzten Zeit sehr ruhig geworden sind und sich ihrer Organisation angeschlossen, so bestärkten die Unternehmer, daß sie in absehbarer Zeit höhere Löhne zahlen müssen. Wenn die Firma Gebr. Erfurt die Arbeiter mit Reichsverbandstatter will, um sie dadurch der Organisation fernzuhalten, so wird sie gewiß das Gegenteil von dem Erreichten erreichen.

Posen, 15. Juni. Ein Kulturbild sehen sichtlich der Art war die gestern bereits gemeldete Einrichtung des Raubmörders Dubynski, in dem der Fleischermeister Kozielecki am 11. August v. J. in einem Walde bei Posen durch einen Revolver-Schuß getötet und beraubt hat. Der Einrichtungssatz durch den Scharfrichter Schwick aus Breslau, der auf 6 Uhr anberaumt war, mußte auf 7 Uhr verschoben werden, da der Delinquent in selbstmörderischer Absicht sich eine Fußverletzung beigebracht hatte. Sein Transport zum Schafot erfolgte mit der Tragfahre. Er soll nach der Meldung bürgerlicher Blätter „mehrjährig Ohnmachtsanfälle simuliert“ haben, allerdings ohne Erfolg. Seit bei der Eröffnung des Vollstreckungstermins betätigter Gleichmut wich vor dem Hinrichtungsakt großer Aufregung. Den Beistand eines Geistlichen hatte D. abgelehnt, andernfalls würde natürlich auch ein Geistlicher an dem unchristlichen Schauspiel mitgewirkt haben.

Posen, 15. Juni. Ein Kulturbild sehen sichtlich der Art war die gestern bereits gemeldete Einrichtung des Raubmörders Dubynski, in dem der Fleischermeister Kozielecki am 11. August v. J. in einem Walde bei Posen durch einen Revolver-Schuß getötet und beraubt hat. Der Einrichtungssatz durch den Scharfrichter Schwick aus Breslau, der auf 6 Uhr anberaumt war, mußte auf 7 Uhr verschoben werden, da der Delinquent in selbstmörderischer Absicht sich eine Fußverletzung beigebracht hatte. Sein Transport zum Schafot erfolgte mit der Tragfahre. Er soll nach der Meldung bürgerlicher Blätter „mehrjährig Ohnmachtsanfälle simuliert“ haben, allerdings ohne Erfolg. Seit bei der Eröffnung des Vollstreckungstermins betätigter Gleichmut wich vor dem Hinrichtungsakt großer Aufregung. Den Beistand eines Geistlichen hatte D. abgelehnt, andernfalls würde natürlich auch ein Geistlicher an dem unchristlichen Schauspiel mitgewirkt haben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Juni.

Geschichtskalender.

16. Juni.

1908 Preussische Landtagswahl, 6 Sozialdemokraten gewählt.

An die Frauen und Mädchen des Sozialdemokratischen Vereins

richten wir die dringende Bitte, ihren vierten Frauenabend Donnerstag, den 22. Juni, recht zahlreich zu besuchen. Die Agitation für guten Besuch muß bereits jetzt kräftig betrieben werden.

Die Versammlungen werden in folgenden Lokalen abgehalten:

- Milbes Festale, Gräbchenstraße 74.
- „Schweizerhof“, Schweizerstraße 23.
- Baum (vorm. Casperke), Matthiasstraße 38.
- Biewald, Michaelisstraße 26.
- „Gewerkschaftshaus“, Zimmer.
- Speidlich, Mendorfstraße 65.
- Maier, Serrenstraße 19.
- „Morsale“, Pöpelwitzstraße 36.
- Jahn, Schönstraße 21.

Feinde sozialpolitischer Fortschritte

sind auch die schlesischen Handwerkskammern. Die Vertreter der Handwerker sehen, daß es in ihren Reihen trotz der großen Ausgaben der Handwerkskammern nicht vorwärts geht; sie verlangen deshalb einen weiteren Ausbau der Handwerkerorganisation, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Schutzvorschriften. Die Vorstände der schlesischen Handwerkskammern haben ihre Forderungen in Leitfäden zusammengestellt, die sie allen beteiligten Behörden, Volks- und Kommunalvertretungen und Personen unterbreiten. Wichtig für uns ist besonders, was über die sozialpolitischen Maßnahmen gesagt wird.

Die Handwerker wollen, daß ihre Forderungen zur Reichsversicherungsordnung berücksichtigt werden, aber jede „einseitige, nur das Interesse der Arbeitnehmer berücksichtigende Sozialpolitik“ sei abzulehnen. Zur Begründung dieser Forderung heißt es in den Leitfäden:

„Der deutsche Handwerkerstand betrachtet die jetzt betriebene Sozialpolitik als eine Zusammenfassung von Maßnahmen, welche nur den Schutz der Arbeiter bezwecken, und zwar auf Kosten der selbständigen Handwerker. Die selbständigen Handwerker betrachten dieses als eine Ungerechtigkeit, da die Arbeitnehmer infolge der hohen Löhne, die sie sich erzwungen haben, und ihrer starken geschlossenen Berufsorganisationen nicht mehr als die wirtschaftlich Schwachen angesehen werden können. Dieses sind die Kleinhandwerker und Kleinverarbeitenden, welche, statt Schutz und Unterstützung durch die soziale Gesetzgebung zu erhalten, gedrückt sind, bekümmerte Lasten zu übernehmen, die von Jahr zu Jahr gesteigert werden. Kein selbständiger Handwerker kann einem Abgeordneten seine Stimme geben, der dieses Vuhlen um die Gunst der Arbeitermassen weiterhin mitmacht.“

Damit ist aber der schöne Wunschzettel der Handwerker noch nicht zu Ende; er lautet vielmehr noch:

„Ablehnung jeder irgend wie gearteten Arbeitslosenversicherung.“

„Ablehnung der Arbeitskammern in jeder Form.“ Weiterhin ist die Ablehnung jeder Art gesetzlicher oder staatslicher Einwirkung auf paritätische Arbeitsnachweise zu fordern, welche, wie oben festgestellt wird, nur den Zweck haben, die Einführung der Arbeitslosenversicherung vorzubereiten. Dagegen haben sich die selbständigen Handwerker der Wahrnehmung nicht entziehen können, daß dem Terrorismus der organisierten Arbeiter mit den zurzeit zur Verfügung stehenden

gesetzlichen Mitteln nicht genügend entgegengetreten werden kann, daß vielmehr

der Erlaß eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen unbedingt erforderlich ist.

Ein, welcher die Ausbeutung der Sonntagsruhe, wie sie namentlich von sozialdemokratischer Seite befüchtet wird, obgleich diese Partei an der Heiligung des Sonntags sicher nicht das geringste Interesse hat, kann ebenfalls nicht gutgeheißen werden.“

Wie man sieht, haben sich die schlesischen Handwerkskammern alle arbeiterfeindlichsten Forderungen der schlesischen Schatzmacher zu eigen gemacht, und sie hoffen, daß die übrigen Handwerkskammern mit ihnen zusammengehen werden. Um so eifriger wird die organisierte Arbeiterschaft bemüht sein, ihre berechtigten Forderungen, die auch dem Gemeinwohl Rechnung tragen, zu vertreten, und nicht eher ruhen, bis sie verwirklicht sind.

Die Handelskammer und die Sonntagsruhe

Die Ablehnung des Antrages der Handelskammer auf Einführung völliger Sonntagsruhe in der Stadtverordnetenversammlung gab den Anlaß zu einer Professorensammlung, die vom Transportarbeiter-Verbande am Mittwoch im Gewerkschaftshaus abgehalten wurde und zahlreich besucht war. Der Vorsitzende der Breslauer Verwaltungsstelle, Kollege Kiedel, unterzog das Verhalten und den rückwärtlichen Standpunkt der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit einer sachlichen, aber scharfen Kritik.

Die Handelskammer seien der Ansicht und ließen sich davon nicht abbringen, daß die Einführung der völligen Sonntagsruhe eine berechtigte Forderung der Handelskammer sei. Schon vor 3 Jahren sei ein dahingehender Antrag gestellt worden und die Beschränkung der Verkaufsstunden wurde als eine Abschlagszahlung betrachtet. Genau wie jetzt, seien damals dieselben Einwendungen gemacht worden. Durch die Einschränkung der Verkaufszeit an Sonntagen sei noch niemand zu Schaden gekommen. Das Publikum habe sich daran gewöhnt, und es wird auch gehen, wenn in Breslau wie in anderen deutschen Städten die völlige Sonntagsruhe eingeführt sein wird.

Verwundernd sei es, daß in der Stadtverordnetenversammlung, obwohl sich dem sozialistischen Antrage 20 bürgerliche Vereine angeschlossen haben, immer nur von der Forderung der Sozialdemokraten gesprochen wurde. Herr Magdan und die anderen Stadtverordneten sollen nicht etwa glauben, daß ihre Ausführungen nicht beachtet werden. Der Antrag wird wiederkommen und man wird ihm mehr Nachdruck verleihen.

In der Debatte beteiligten sich die Genossen Partsch, Zimmer, Fröhlich, Locus u. a. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die deutschnationalen Handlungsgehilfen endlich zu der Ansicht gekommen sein mögen, daß sie von ihrem Ansehen nichts zu erwarten haben und daher nicht nur sozialdemokratisch wählen dürfen. Zimmer und Locus zerstreuten die Meinung. Die Deutsch-Nationalen werden nach wie vor konservativ wählen, obgleich sie sich damit selbst ins Gefäß schlagen. Was die liberalen Handlungsgehilfen von ihrem Vertreter im Stadtparlament zu erwarten haben, das hat sich bei dieser Gelegenheit gezeigt. Herr Stadtverordneter Wolff hat es vorgezogen, im Hansabund zu verbleiben, als seine Kollegen bei einer so wichtigen Sache zu vertreten. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung ihr lebhaftes Bedauern über die rückwärtige Haltung der bürgerlichen Stadtverordneten ausdrückte und gelobte, alles daran zu setzen, daß die Organisation noch mehr erflorte, um mit Nachdruck die Versammlung zu fördern zu können. Der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung spricht die Versammlung ihren Dank aus für ihr nütziges Eintreten für die Interessen der Handelskammer.

Elektrische Eisenbahnen.

Im Verein deutscher Ingenieure, der dieser Tage in Breslau seine 52. Hauptversammlung abhält, sprach unter anderem Regierungskammerpräsident Brecht aus Wittenberg über elektrische Zugförderung auf preussischen Eisenbahnen. Über diese Frage

führte der Vortragende nach der „Breslauer Zeitung“ in einflüchtiger Rede etwa folgendes an:

Für die elektrische Zugförderung auf Hauptbahnen ist jetzt von fast allen Eisenbahnverwaltungen das System mit einfachem Wechselstrom angenommen worden. Unter der taftkräftigen Mitwirkung der preussischen Eisenbahnverwaltung ist dieses System entwickelt und bei der Hamburger Stadt- und Vorortbahn erprobt worden. Schon 1903 hat die Verwaltung der preussischen Staatsbahnen in einer Leitschrift an den Landtag als eine unabweisbare Pflicht bezeichnet, die Einführung der elektrischen Zugförderung mit Nachdruck zu betreiben, und sie erwirkte eine erste Baureihe für die Elektrifizierung der Strecke Magdeburg-Leipzig-Halle. Im Januar 1910 erfolgte der erste Spatenstich, und genau ein Jahr später lief auf dieser Strecke die erste elektrische Lokomotive.

Über die besonderen Anforderungen des Hauptbahnbetriebes an die elektrische Zugförderung berichtet der Vortragende in der Weise, daß er mit Hilfe von Lichtbildern eine genaue Darstellung der Einrichtungen und des Betriebes der elektrischen Zugförderung Leipzig-Wittenberg bot. Er sprach dabei von sehr guten Ergebnissen. So sind beispielsweise Güterzüge mit 1400 Tonnen angehängtem Gewicht, Personenzüge mit 400 Tonnen und 80 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde, Schnellzüge mit 300 Tonnen und 100 Kilometer Geschwindigkeit, und kleinere Züge bis zu 133 Kilometer in der Stunde befördert worden. Die ganze Anlage arbeitet gut und sicher.

Nach den bisherigen Erfahrungen sind auch die wirtschaftlichen Ansichten für den vollen Betrieb nicht ungünstig. Einmal dient der Betrieb hauptsächlich zum Einhalten wichtiger Züge; denn bevor eine umfangreiche Leistung elektrischer Lokomotiven erfolgen kann, müssen die verschiedenen Systeme sorgfältig angeschlossen werden. Gleichzeitig mit der Erweiterung des Betriebes auf dieser Strecke nach Magdeburg und über Leipzig nach Halle wird ein anderes Elektrifizierungsprojekt der preussischen Staats-Eisenbahnverwaltung zur Ausführung gelangen, und zwar in Schlesien. Die Strecke Lauban-Dittersbach-Königszell wird mit ihren Nebenlinien: Hirschberg-Grünthal, Hirschberg-Schmiechberg und Lauban-Kauban-Niederaltbrunn-Kalschadt auf elektrischen Betrieb eingerichtet. Die Frage, an welchem Orte das Kraftwerk erbaut werden sollte, ist noch unentschieden. Das größte größere Elektrizitätsunternehmen der Staats-Eisenbahnverwaltung dürfte dem die Berliner Stadt-King- und Vorortbahn sein.

Man dürfe aber nicht glauben, daß in absehbarer Zeit nur noch elektrische Betriebsarten in Preußen zu finden sein werden. Einmal sind auch noch anderen Verkehrsmitteln noch zu viel Hindernisse entgegen, die zum großen Teil auch mitnirgendem Art seien. Über der Verregende äußerte die Überzeugung, daß der elektrische Betrieb nach auf weiteren Hauptlinien Eingang finden werde, und zwar mit so eifer, je mehr die Verkehrsbedingungen auf dem neuen Gebiete wachsen, und je mehr die Stützpunkte liegen. Wie die Preis der Kohlen in Deutschland noch weiter in die Höhe, so steigt die den Eisenbahnen drohende wirtschaftliche Krise zur systematischen Ausnutzung der außerordentlichen Verhältnisse (Kohlenkrise und Zoll). Hier könnte der elektrische Betrieb der Rettung aus der Not werden; denn die Verwendung dieser Stoffe ist natürlich nicht auf den Lokomotiven, sondern in großen Kraftwerken denkbar.

So eröffne sich ein Weg zu hohen Zielen. Wenn die Verwaltung der Landkreise, die sich jetzt allerorten um die Einrichtung und die Erweiterung der elektrischen Landzentralen bemühen, gemeinsame Sache mit der preussischen Staats-Eisenbahnverwaltung machen, und wenn dann eine großzügige Ausbeutung der im heimischen Boden noch ruhenden gewaltigen Energiemengen mit Erfolg in die Wege geleitet werde, so könne man ein höchst reiches wirtschaftlich arbeitendes Kraftwerk über das ganze Land ausbreiten. Dieses Energiereicht werde ein reichhaltiges Ganzes bilden und nicht nur die elektrischen Hauptbahnen und deren Nebenbahnen bereichern, sondern auch den großen und kleinen Privatindustrien und den landwirtschaftlichen Betrieben zugute kommen. Mit dem billigen elektrischen Strom werde sich eine Fülle belebender Kräfte über das ganze Land bis zu den entlegenen Hütten ergießen, überall Licht und Wärme spenden und bessere Lebensbedingungen schaffen.

* Die Zeitungspreise zeichnen sich durch Sachlichkeit aus, die bis zur Selbstverleugnung geht, sie zeigt ein ungewöhnliches Maß von Selbstbeherrschung und Leiden-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein Krankenhaus für Fische.

Zu Spilätern, in denen kranke Fische, Hunde, Katzen und sonstige Haustiere eine sachgemäße Behandlung durch Tierärzte erfahren, gefüllt sich auch ein Krankenhaus für Fische. Obwohl die Nachricht aus Amerika kommt, ist sie nicht so unglaubwürdig, wie man zunächst annehmen möchte. Das Fischkrankenhaus ist nämlich eine Abteilung des großen New-Yorker Aquariums, wo, wie in jeder anderen Anstalt dieser Art, häufig der Fall eintritt, daß seitene und kostspielige Meertiere durch die medizinische Wissenschaft vor dem Zugrundegehen gerettet werden müssen. Im Vordergrund steht hierbei die Anwendung der Chirurgie, der folgenden Fälle entnommen sind. Ein Prachtexemplar jener Muränenart, die der reiche Römer Vellio in seinen Zeichen und dem Fleisch zu diesem Zweck reichlichste Sklaven gemästet haben soll, war eines Tages spurlos aus dem Aquarium verschwunden, bis es nach Jahr und Tag bei der Vornahme von Reparaturen in einer Wasserleitungsröhre eingewängt gefunden wurde, in der der eingekerkerte Fisch bei seinen Befreiungsversuchen sich zahllose Wunden zugezogen und besonders fast die ganze Kopfhaut abgeschunden hatte. Durch Bestreichen der Körperwunden mit Wasserundurchlässiger Pflastermasse und durch Implantation der Haut und des Knorpels eines Flußaales auf die Wunden am Schädel wurde der Fisch gerettet. Ueberaus schwierig ist die Durchführung einer wirksamen Antisepsis, weil durch das gemeinsame Unterbringen verschiedener kranker Tiere in einem Becken zu der ursprünglichen Krankheit noch weitere Ansteckungsgefahr durch die anderen Patienten tritt. Jeder Fisch erhält daher sein besonderes Bassin, dessen Wasser beständig erneuert wird. Als Streupulver kommen schwerlösliche säulnitriviride Wismanulfate zur Verwendung. Auch von schmerzlosen Operationen macht man häufig Gebrauch, indem man die Fische vor der Operation sehr tiefen Temperaturen aussetzt, während Schutzkröten genau so wie Menschen und warmblütige Tiere lokale Cocaininjektionen erhalten.

Aus aller Welt.

Rom Fernflug.

Schweini, 15. Juni. Bei schönem Wetter wurde heute morgen in knapper Reihenfolge der Start erledigt. Es starteten der Reihe nach um 4 Uhr 1 Minute Wenzers, um 4 Uhr 4 Minuten Untpaitner und um 4 Uhr 8 Minuten Büchner. **Damburg, 15. Juni.** Büchner ist als Erster um 6 Uhr 25 Minuten mit seinem Passagier, Leutnant Stefen, auf dem

Flugplatz in Damburg gelandet. Die verhältnismäßig lange Flugzeit erklärt sich dadurch, daß der Flieger in dem herrschenden dichten Nebel jede Orientierung verloren hatte und eine Zwischenlandung vornehmen mußte. Er flog bald wieder auf, verirrte sich jedoch nach kurzer Zeit abermals im Nebel und es dauerte lange, bis es ihm schließlich gelang, die Richtung nach Damburg zu finden. Er schoß im südhlichen Flug und unter dem freudigsten Jubel der ungezählten Zuschauermassen über das Flugband. Sofort nach seiner Landung setzte ein heftiger Regen ein. Untpaitner ist um 4 Uhr 49 Minuten bei Seedorf an der Westseite des Schalles niedergegangen. Sein Motor setzte mehrfach aus und stand schließlich ganz still. Untpaitner ging aus 500 Mtr. in gut gelungenem, kläglichem Gleitflug vollkommen sicher nieder. Wenzers ist bei Kirchsteinbeck, etwa 12 Km. von Damburg entfernt, nächst der Horner Chaussee wegen des dichten Nebels niedergegangen.

Schweini, 15. Juni. Bei außerordentlich großer Teilnahme der Bevölkerung Schweinis und seiner Umgebung fanden gestern die öffentlichen Wettbewerbe um den Ehrenpreis statt, in die sich Untpaitner, König, Büchner und Wenzers teilten. — Die Preise der ersten Etappe der mit 10 000 Mtr. dotierten Strecke Berlin-Magdeburg werden wie folgt unter die Flieger verteilt werden: Untpaitner erhält 3286,64 Mtr., Büchner 768,05 Mtr., Wenzers 194,39 Mtr., König 781,93 Mtr., Schauenburg 768,74 Mtr., Müller 609,99 Mtr., Dr. Wittenstein 609, — Mtr., Thelen 575,25 Mtr., Vollmüller 687,91 Mtr.

Magdeburg, 15. Juni. Das Befinden des abgeklärtesten Fliegers Müller ist noch immer unverändert ernst. Die Ärzte geben an, daß der Flieger infolge der vielen Einwirkungen, die er in den letzten Tagen erhalten hat, das Bewußtsein noch nicht wieder erlangen konnte. Trotzdem glauben die Ärzte ihn aus aller Lebensgefahr heraus und man befürchtet nicht mehr, daß eine Wendung zum Schlechteren eintreten könnte.

Aeroplanunglück bei dem Fernflug Rom-Turin.

Dienstag ist der französische Flieger André Frey, der einzige der Teilnehmer am Fernflug Paris-Rom-Turin, der auch die letzte Etappe des Fernfluges bestreiten wollte, aufgestiegen. Er nahm von Rom aus sofort die Richtung nach Turin. Nachdem er einige Tage gewartet hatte, war die Witterung endlich so günstig, daß er den Aufstieg wagen konnte. Die Fahrt war aber vom Unglück begleitet. Frey flog um 6 Uhr morgens auf, kam aber bald über eine unwirtliche Gebirgsgegend und wurde außerdem durch dichter werdenden Nebel in der Orientierung behindert. Frey wollte einen geeigneten Weg finden und deshalb zu einer größeren Höhe emporsteigen, als sich sein Apparat plötzlich in der Luft eines großen Baumes verfang. Der

Aeroplan stürzte sofort aus einigen Metern Höhe zur Erde herab und wurde völlig zerstört. Frey blieb bewußtlos unter den Trümmern liegen. Einige Waidleute hatten in der Ferne den dumpfen Fall wohl gehört, sie kletterten sich aber nicht weiter darum und kehrten in ihre Häuser zurück. Erst in den Abendstunden erinnerten sie sich wieder daran und erzählten anderen von ihrem Erlebnis. So verbreitete sich rasch das Gerücht von dem Unglück und man eilte zur Unfallstelle. Dort fand man in einem Gewirr von Eisenstäben und Holzstäben, die mit zerhackter und durchdrangener Leinwand bedeckt waren, einen regungslosen Körper, über den sich ein wasserdichter Mantel breitete. Man räumte die Trümmer weg und befreite den Verunglückten aus seiner Lage. In diesem Augenblick schlug er die Augen auf, aber sie stierten wie leblos in die Luft. Auch war der Verletzte nicht im Stande, ein Wort zu sprechen. Die Bauern fertigten aus Zweigen eine Bahre und einige von ihnen liefen davon, um Hilfe zu holen. Kurz darauf begegneten sie einem der Automobile, die auf der Suche nach Frey ausgesandt waren. Die Ärzte stellten fest, daß der Flieger einen Arm und beide Beine gebrochen und außerdem innere Verletzungen erlitten hatte. Nachdem ihm die nötigen Verbände angelegt waren, kam Frey einen Augenblick scheinbar zum Bewußtsein. Er erinnerte sich an seine Familie und sagte: „Meine arme Frau, wo bist du?“ Dann fiel er wieder in tiefe Bewußtlosigkeit. Der Zustand Freys ist sehr ernst, aber nicht hoffnungslos.

Die Unwetter, die über Kreuznach und die ganze Kreuznacher Gegend in den letzten Tagen niedergegangen, haben nach den bisherigen Feststellungen einen Schaden von weit über zwei Millionen Mark verursacht. Das vom Unwetter namentlich heimgesuchte Gebiet erstreckt sich auf eine Länge von mehr als 10 Kilometer und eine Breite von mindestens 4 Kilometer. Allein in der Kreuznacher Gemarkung sind mehr als hundert Morgen Weinberge aus zwei bis drei Jahre hinaus vollständig verwüstet und müssen zum größten Teile ausgehauen werden. Der Winter- und Bauernstand, ist, wenn nicht bald Hilfe kommt, ruiniert. Der Landrat des Kreises Kreuznach erläßt einen Aufruf zur Hilfe. Von dem am nächsten Sonntag in Aßlar stattfindenden Blumentage soll ein Teil des Ertrages für die Geschädigten von Kreuznach und Umgegend verwendet werden.

Das Ende eines Königssohnes.

In Paris ist ein Königssohn als Taschendieb verhaftet worden. Es handelt sich um einen Baron Delord, der, einem Telegramm des „D.“ zufolge, erlappet wurde, als er in einem Warenhaus einer Nation Parfum und eine Schachtel Damenkrämpfe stahl. Delord ist ein Sohn des Königs Amadeus von Spanien und

Nur boykottfreie Badwaren

darf der Gewerkschaftler und Parteigenosse kaufen.
Arbeiterfrauen, beachtet das!

Lohnverluste der Bergarbeiter

und Unternehmergewinne.

160.525.588 Mark Lohnverlust haben die Bergarbeiter im preussischen Bergbau vom ersten Vierteljahr 1903 bis einschließlich 1. Vierteljahr 1911, also in 8 1/4 Jahren, durch direkte Lohnreduzierungen erlitten, ungeschädigt die Verluste, die ihnen durch die zahlreichen Festschichten entstanden sind. Im 4. Vierteljahr 1907 haben die Löhne fast überall den Höhepunkt erreicht, von da ab gingen sie rasche zurück. Waren die Löhne auf der Höhe, die sie im 4. Vierteljahr 1907 erreicht hatten, stehen geblieben, hätten die Bergarbeiter im preussischen Bergbau in den angeführten 8 1/4 Jahren 160.525.588 Mark mehr verdient, die sie aber durch den Lohnrückgang wie gesagt verloren haben. Die Gesamtlohnverluste betragen in der genannten Zeit in den einzelnen Kreisen: Ruhrgebiet 123.787.550 Mark, Ober-Schlesien 7.152.209 Mark, Niederschlesien 3.373.252 Mark, Saargebiet 3.319.327 Mark, Nachener Revier 3.771.556 Mark, Saller Braunkohlenrevier 5.292.136 Mark, Unterschlesisches Braunkohlenrevier 372.943 Mark, Saller Salzbergbau 402.034 Mark, Clausthal Salzbergbau 383.790 Mark, Mansfelder Erzbergbau 1.374.409 Mark, Siegener Erzbergbau 6.420.019 Mark, Nassauer Erzbergbau 2.562.928 Mark, Rechtsrheinischer Erzbergbau 1.818.875 Mark, das macht insgesamt 160.525.588 Mark.

Nur im Saller und Clausthal Salz- und im Mansfelder Erzbergbau stehen die Durchschnittslöhne von über dem im 4. Vierteljahr 1907, in allen anderen Kreisen zum Teil bedeutend darunter. Im Ruhrrevier pro Schicht um 35 Pfg. gleich 7 Prozent, in Oberschlesien um 10 Pfg. gleich 2,8 Prozent, in Niederschlesien um 13 Pfg. gleich 3,8 Prozent, im Saargebiet um 4 Pfg. gleich 0,9 Prozent, im Nachener Revier um 14 Pfg. gleich 3 Prozent, im linksrheinischen Braunkohlenrevier um 5 Pfg. gleich 1,3 Prozent, im Siegener Erzbergbau um 42 Pfg. gleich 9,6 Prozent, im Nassauer Erzbergbau um 20 Pfg. gleich 5,7 Prozent, im rechtsrheinischen Erzbergbau um 28 Pfg. gleich 6,3 Prozent.

Stärker noch wie bei den Durchschnittslöhnen kommt der Lohnrückgang bei den Löhnen der unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter, Sauer, Wehrhauer usw. zum Ausdruck. Die Löhne dieser Arbeiter sind weit stärker zurückgegangen, wie die Durchschnittslöhne.

Am schlimmsten wurden jedoch die Ruhrbergarbeiter durch die Lohnverluste betroffen, entfallen doch auf das Ruhrgebiet allein 123.787.550 Mark auf alle übrigen Kreise zusammen nur 36.738.038 Mark. Hierzu kommt noch, daß sich inzwischen besonders im Ruhrgebiet die gesamte Lebenshaltung weiter außerordentlich verteuert hat, wodurch das Lohnmangeln in seiner Kaufkraft in gleichem Maße gesunken ist. Waren die Löhne wirklich auf der alten Höhe vom 4. Vierteljahr 1907 stehen geblieben, so wären die Bergarbeiter heute doch bedeutend schlechter gestellt, weil sie infolge der weiteren außerordentlichen Verteuerung der Lebenshaltung für das gleiche Geld nicht mehr das gleiche Quantum Ware zum Kauf können; sie befinden sich daher augenblicklich in der drückendsten Notlage und unverträglich in das ablehnende Verhalten der Grundbesitzer allen, auch den bescheidensten Forderungen gegenüber.

Die gewaltigen Lohnverluste, die die Bergarbeiter erlitten, rechtfertigen sich durch die wirtschaftliche Lage der Gruben in keiner Weise. Die Grubenherren haben auch während der Krise, besonders im Ruhrgebiet, zum Teil sogar recht gute Geschäfte gemacht. Besonders in letzter Zeit sind die Gewinne im Durchschnitt rapid gestiegen. Das zeigt sich besonders, wenn wir die Gewinne vom 1. Vierteljahr 1911 mit denen vom gleichen Vierteljahr 1910 vergleichen. Wir wollen zum Beweise wahllos die Gewinne einer Anzahl großer und kleiner Werke vom ersten Vierteljahr 1911 und dem gleichen Vierteljahr 1910, die letzteren in Klammern gesetzt, folgen lassen: Sarpener Bergbau-Gesellschaft 4.306.000 Mark (3.400.000 Mark), Sibirnia 2.963.741 Mark (2.623.488 Mark), Königsborn 909.961 Mark (568.886 Mark), König Wilhelm 753.201 Mark (554.857 Mark), Mühlheimer Bergwerksverein 583.735 Mark (609.108 Mark), Bochumer Bergwerksverein 154.178 Mark (62.335 Mark), Wipreder U.-V. 103.948 Mark (132.127 Mark), Konstantin der Große 1.342.234 Mark (1.171.515 Mark), Ewald 982.016 Mark (801.806 Mark), Graf Bismarck 952.237 Mark (1.000.056 Mark), Sönia Ludwiga 606.615 Mark (423.503 Mark), Lothringen 518.097 Mark (414.453 Mark), Dorffeld 380.179 Mark (377.146 Mark), Selene und Amalie 336.415 Mark (232.411 Mark), Graf Schwerin 266.205 Mark (174.618 Mark), Deutschland 213.052 Mark (125.564 Mark), Trabbe 57.548 Mark (64.550 Mark), Thürbach 41.713 Mark (55.461 Mark), Alte Saale 27.214 Mark (25.274 Mark), Heinrich 138.180 Mark (111.481 Mark), Johann Detmold 81.637 Mark (94.017 Mark), Mont Cenis 372.968 Mark (438.585 Mark), Södnain Elisabeth 547.678 Mark (590.885 Mark), Eintracht Tiefbau 56.432 Mark (143.591 Mark).

Das sind die Gewinne von 24 großen und kleinen Werken, die wir wahllos zusammenstellt haben, um ein möglichst objektives Bild von den tatsächlichen Verhältnissen zu erhalten. Bei 8, also einem Drittel der angeführten Werke sind die Gewinne etwas zurückgegangen; doch überwiegen im Durchschnitt bei weitem die Verbesserungen gegenüber dem gleichen Vierteljahr 1910. Der Gesamtgewinn der angeführten 24 Werke ist gestiegen von 14.027.599 Mark im ersten Vierteljahr 1910, auf 16.401.608 Mark im ersten Vierteljahr 1911 oder um 2.374.009 Mark, das sind 16,9 Prozent.

Eine 15 prozentige Lohnerhöhung, die die Ruhrbergarbeiter forderten, wollten die Grubenherren aber trotzdem nicht bewilligen können. Ihre Haltung wurde ihnen aber auch sehr leicht gemacht. Eine Lohnerhöhung von 15 Prozent können die Werke aus finanziellen Gründen nicht bewilligen, behaupteten — nicht etwa die Grubenherren, sondern die schwarz-gelben Zentrums-gewerkschaftsführer. Ihr bellagener Anhang aber stellte ihnen dafür auch noch das gewöhnliche Vertrauensvotum aus. Es ist eben nichts so dummes, es findet sein Publikum.

Heillose Angst haben die halsstarrigen Bädermeister vor dem Boykott. Da sie mit ihren eigenen Erklärungen in der Öffentlichkeit wenig Glück hatten, schickten sie immer wieder die „meistertreuen“ Gesellen vor, die ihnen helfen sollen. Dabei ist oft auch der Wunsch der Vater des Gedankens. Es ist leider richtig, daß die Polizei gegen die Demittigungs-Plakate vorgegangen ist und sie beschlagnahmt hat; aber die Bädermeister wissen schon von einem amtsergänzlichen Beschlusse, zu erzählen, der das Ausschließen dieser Plakate verbietet. Uns ist davon bis jetzt nichts bekannt. Ebenso soll das Verteilen von Boykottflugblättern und die Aufnahme von Notizen und Inseraten in der „Volkswacht“, die sich mit dem Boykott beschäftigen, verboten worden sein. Auch das stimmt nicht. Wir glauben es den tarifrechtlichen Anwaltsherren, daß ihnen der Boykott sehr unangenehm ist. In ihrer Ratlosigkeit wenden sie sich zuerst an die Polizei und die Gerichte, damit der böse Boykott ein Ende nehme. Doch was nicht geht, geht eben nicht. Und die Herren, die nur ihr eigenes Wohl kennen, während die Gesellen unter wichtigen Umständen schwer zu leiden haben, sollen noch recht deutlich gemacht werden, daß die organisierte Arbeiterkraft hinter den Bädereigenen steht und den Boykott kräftig weiterführt.

Deutscher Arbeiterbund, Ortsgruppe Breslau (Berliner „Freier Gedanke“). Der Verein wird Ende Juni oder Anfang Juli die Königl. Universitäts-Sternwarte besuchen. Der Boykott auf diesen Besuch wird in der Vereinsversammlung

Dienstag, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Hotels Sternwarte, Herr Lothar Mewes, einen Vortrag halten, worin er die Instrumente der Sternwarte und die demnach zu besichtigenden Himmelskörper und Himmelserscheinungen erklärt; die Erklärungen werden durch Bilder erläutert werden. Zahlreiches Erscheinen der Vereinsmitglieder ist erwünscht. Gaste sind willkommen.

Freie Turnerschaft Breslau. Die Schwimm- und Badeanstalt von Steinförst, Salzstraße 12, gewährt den Mitgliedern der Freien Turnerschaft Breslau gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte eine Ermäßigung des Eintrittsgeldes von 30 auf 20 Pfennige. Da Schwimmen ein wichtiger Zweig der Leibesübungen ist, darf erwartet werden, daß die Mitglieder den Verein zum Schwimmen- und -Badeabend, der jeden Donnerstag von 6 bis 8 1/2 Uhr abgehalten wird, rege besuchen. Die Ermäßigung des Eintrittsgeldes gilt auch für die anderen Tage.

Victoria-Theater. Heute Donnerstag gelangt die große Revue „Bei uns in Breslau“ zum 45. Male zur Aufführung. Morgen Freitag, den 16. d. Mts., Elite-Nichttrauer-Abend. Anfang präzis 8 Uhr. Vorverkauf täglich auf eine Woche im voraus ohne Vorbestellgebühr von 9—2 Uhr im Theaterbureau.

Eine männliche Leiche wurde am 14. Juni, Morgens, am Frankfurter Güterhafen aus der Oder gelandet und nach dem Leichenschauhaus überführt. Sie ist als die des Fischers Max Küller von der Westendstraße ermittelt worden, der, wie gemeldet worden ist, am vorigen Donnerstag beim Durchschwimmen der Oder an der Pfäfflerinsel ertrank.

Unbekannte Leiche. Am 13. Juni, gegen 9 Uhr Abends, wurde an der Mittelmühle an der kämpfischen Erdbänge die Leiche einer unbekannteren Frau gelandet, die erst ganz kurze Zeit im Wasser gelegen haben kann. Die Frau ist vierzig bis fünfzig Jahre alt.

Schwerer Straßenaussfall. Das Pferd einer Droschke, die am 13. Juni die Tiergartenstraße entlang nach der Stadt fuhr, schaute plötzlich an den Klirren und fiel im Galopp die Straße entlang, geriet dann links auf den Bürgersteig, prallte gegen einen Stein und stürzte, zugleich die Droschke umwerfend, die völlig in Trümmer ging. Der kaiserliche Schloß fürzte im Wogen auf den Bürgersteig und blieb bewußtlos liegen. Er wurde in einer anderen Droschke in die chirurgische Klinik geschafft, wo man Wunden am ganzen Körper feststellte und ihm Notverbande anlegte, worauf er in seine Wohnung gebracht wurde. In dem Augenblicke des Unfalls war ein Laufburche mit einem Fahrrad vorbeigekommen, dessen Rad auch völlig zertrümmert wurde, während es dem Fahrer gelang, rechtzeitig abzuspringen.

Zimmer wieder das Abbringen. Der Hauswirt Robert Heidenreich, Bohrauerstraße 36, sprang am 12. Juni vom Straßenbahnzuge kurz vor der Haltestelle an der Brunnenstraße ab, kam zu Fall und erlitt Verletzungen im Gesicht und an anderen Körperteilen, wäre fast auch noch von einem gerade vorbeifahrenden Omnibus überfahren worden, wenn es dem kaiserlichen nicht gelungen wäre, das Pferd mit einem Ruck auf den Bürgersteig zu reiten und den Omnibuswagen zum Stehen zu bringen. — Am 13. Juni, Abends, ging es der Wirtschaftlerin Marie Spiegel, Tauengienplatz 19, aus gleichem Grunde noch schlimmer. Sie sprang auf der Bahnhofsstraße kurz vor der Opitzstraße auch von einem fahrenden Straßenbahnzuge ab, fiel nieder und schlug mit dem Hinterkopf auf das Pflaster. Eine klaffende starrende Wunde war die Folge und die Frau mußte auf die Unfallstation geschafft werden.

Selbstmord eines Arbeiters. Erhängt hat sich am 14. Juni in seiner Wohnung Frankfurterstraße 161 der 34 Jahre alte Arbeiter Schnober. Er war an demselben Tage aus der Fabrik der Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagenbau entlassen worden, und das hat ihn veranlaßt, sich in Abwesenheit seiner Ehefrau das Leben zu nehmen.

Vermisst wird der 12 Jahre alte Schüler Bernhard Launer aus Münsterberg, der sich vermutlich nach Breslau begeben hat.

Vermisst wird seit dem 10. Juni der 26 Jahre alte Arbeiter Josef Jonas aus Märzdorf bei Leisewitz.

Gefunden wurden ein goldenes Vincenz, ein Paket, enthaltend Maggi-Suppenwürfel, eine goldene Damenuhr, eine schwarze Altentafel, ein gelber Stock, ein Paket, enthaltend Spigen, ein Vincenz mit Nadeln und ein kleines schwarzes Portemonnaie mit Inhalt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Wausen, 14. Juni. Sozialdemokratischer Verein. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung am Sonntag referierte Genosse Müller-Strehlen über die Genossenschaftsfrage und wies nach, wie wichtig auch die Genossenschaften für die Arbeiter sind. Die fortschreitende Organisation hat die Arbeiter auch als Konsumenten zu einem Machtfaktor im Wirtschaftsleben werden lassen. Die hiesigen Geschäftsleute nehmen keinen Anteil an den Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage, obwohl sie fast nur von Arbeiterkundschaft leben; sie stehen der Arbeiterbewegung im Gegenteil zumeist feindselig gegenüber. Die Frage der Errichtung eines Konsumvereins ist mühsam auch hier spruchreif geworden und muß ihre Lösung finden. Zur Kreisversammlung wurde hierauf Genosse Ubrich gewählt. Anträge zu derselben werden in der nächsten Versammlung beraten werden. Genosse Ubrich machte noch auf die Sonntag, den 18. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, stattfindende Kreisversammlung aufmerksam und ermahnte zu fleißiger Agitation. Donnerstag ist der erste Diskussionsabend über die dunderschen Themas. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Altwasser. Auf dem heiligen evangelischen Friedhofe sind am Eingange neue Tafeln angebracht, auf denen folgendes zu lesen ist:

Bekanntmachung. Jede Beschädigung der Gräber, Denkmäler und Anpflanzungen, das Mitbringen von Kinderwagen, ebenso von Punden, das Rauchen, das Niederlegen von Kränzen mit roten Schleifen und das Spielen von Musikinstrumenten bei stillen Begräbnissen wird verboten. Betrunkenen ist das Betreten der Kirchhöfe im Leichenzuge und Nichtgeheißenen das Reden am Grabe untersagt. Den Anordnungen des Totengräbers ist unweigerlich Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Altwasser, den 12. Mai 1911.

Der Gemeinde-Kirchenrat. Es ist in dieser Bekanntmachung eine Zusammenstellung von Schlechtheiten fertiggebracht worden, die wie in so bunter Reihe noch niemals aufgeführt bekamen. Daß eine „Mittelschicht“ beim stillen Begräbnis“ meist „Erdäkel“ macht, das begreifen wir. Daß aber eine rote Kränzeleise ebenso unangenehm sein kann, wie ein frecher Räder, das leuchtet uns doch nicht ein. Und daß die Rede eines Nichtgeheißenen den Totenader ebenfalls entweihen könnte wie die Reden eines Betrunkenen, das kann unser armes Volk auch nicht fassen. Aber es stimmt schon: wir sind auch gar nicht so erleuchtet wie ein löblicher evangelischer Gemeinde-Kirchenrat. Wenn uns aber auch die Erleuchtung fehlen mag, so haben wir dafür doch etwas mehr Toleranz wie die Frommen.

Viegnitz, 15. Juni. Aus dem Kommunalleben. In der letzten Stadtpflichterzusammenkunft wurde unter anderem beschlossen, daß der Magistrat sich an maßgebender Stelle gegen die Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen ausgesprochen habe. — Der durch die wachsende Einwohnerzahl bedingten Erhöhung der Zahl der unbesoldeten Stadträte von acht auf zehn wurde zugestimmt, im übrigen aber die Vorlage zur weiteren Erledigung der Wahlkommission übermiesen. — Nach einer Reihe von Verkäufen, Verpachtungen und Vermietungen wurde einem Verträge zugestimmt, der mit dem Vorstände der Fabrikantenverein, dem Direktorium der Taubstummenanstalt abgeschlossen wird und die Übernahme der ärztlichen Fürsorge für diese beiden Anstalten durch die städtischen Krankenhausärzte regelt. — Sodann wurde die Teilung der Ober-Sekunda an der städtischen Ober-Realschule genehmigt und die daraus resultierende Anstellung eines weiteren wissenschaftlichen Hilfslehrers beschlossen. Die Vorgeschichte zu dieser Teilung ist eine ganz besonders interessante. Diese Klasse zählt zurzeit 41 Schüler, und zwar 30 einheimische und 11 auswärts. Von letzteren waren 11 aus dem Vorjahre übernommen und 10 am Ostertermine neu hinzugekommen. Die Maximalgrenze der Schülerzahl beträgt für diese Klasse 30, mit welcher man nach Ministererlaß jedoch ausnahmsweise auch einmal bis auf 40 gehen könnte. Die hiesige Schulverwaltung hatte nun geglaubt, auch den sich noch meldenden 11 Schüler nicht zurückweisen zu können, in der Erwartung, daß man wegen dieses einzigen Schülers seitens des Provinzialschulkollegiums eine Teilung der Klasse nicht verlangen werde. Dabei hatte man aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn das Provinzialschulkollegium verlangte namentlich die Teilung der Klasse! — Es wäre nur zu wünschen, daß diese Sorge der Schulbehörden vor Überfüllung der höheren Schulklassen sich einmal bei den Volksschulen äußern möchte! Dort wäre wohl in sehr vielen Fällen — sowohl im Interesse der Schüler als auch der Lehrer — schon längst eine „Teilung“ notwendig. — Zur Erweiterung des städtischen Palmenhauses wurden 8559,52 Mark bewilligt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 16.559,52 Mark, wovon 8000 Mark durch freiwillige Spenden aufgebracht wurden. — Sodann wurden bei einer Reihe von Statistiken Nachforschungen im Gesamtbeitrage von 11.974,68 Mark nachbewilligt. — In geheimem Sitzung wurde der Verkauf eines städtischen Grundstückes an der Poststraße genehmigt.

Neueste Nachrichten.

Raketensteuer.

München, 15. Juni. Das Münchener Gemeindefollegium, das gestern dem Magistratsbeschlusse auf Erhöhung der Hundesteuer von 15 auf 20 Mark jährlich beipflichtete, nahm auch mit großer Majorität einen Antrag an, den der Demokrat Dr. Kirch einbrachte und wonach vom 1. Oktober 1911 ab in München eine Raketensteuer erhoben werden soll.

Gegen Hehl von Herrnsheim.

Worms, 15. Juni. Wie die „Wormser Volkszeitung“ mitteilt, beschließen die nationalliberale Kreise in Worms-Deppenheim-Wimpfen dem Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Hehl bei den nächsten Reichstagswahlen einen Gegenkandidaten in der Person eines angesehenen Mitgliedes der nationalliberalen Partei gegenüberzustellen. Dieses Vorgehen erfolgt im Einverständnis mit einer großen Anzahl von Parlamentariern der nationalliberalen Partei.

Die französische Kabinettskrise.

Paris, 15. Juni. Der am gestrigen Spätabende beschlossene Kabinettsrat der französischen Minister ergab noch keine Verständigung in der strittigen Angelegenheiten. Eine Kabinettskrise ist nunmehr als unvermeidlich. Im günstigsten Falle kann ein Ausschub der Ministerkrise für kurze Zeit erfolgen, da die präsumptiven Nachfolger des Kabinetts Monis bereits schon ungeduldig werden.

Vom Seemannsstreik.

London, 15. Juni. Der Seemannsstreik ist bisher in Liverpool, Southampton und Southsiedel erklärt worden. Ein Mitglied des Internationalen Ausschusses der Vereinigung der Seeleute erklärte, der Zustand werde sich auf das ganze vereinigte Königreich, Belgien und Holland erstrecken, der Zustand werde die gesamte seemannische Bevölkerung, des Landes ungefähr 150.000 Mann, umfassen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand					
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand					
15. 6.	1.470,90	2.401	-0,14	8,80	1,12	4,58	2,88	1,17	0,91	15,02	-1,26	0,66	1,85	
14. 6.	1.410,85	2,21	-0,12	8,82	1,34	4,54	2,88	1,16	0,90	15,02	-1,30	0,74	1,85	
Wasser	1,68	0,98	2,12	-0,42	2,46	2,07	4,07	2,38	1,68	1,58	5,00	0,14	1,88	1,15

*) Auslieferung 6 1/2 Uhr 1. Kottwitz 3,50; für Treiben (Oder) 2 1/2 Uhr 2,25

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 15. Juni:
Branerei u. Mühlenarbeiter. Versammlung im Saale.
Französischer Unterrecht. Abends 8 Uhr im Billardzimmer.
Löhner. Versammlung. Zimmer 2.
Stenographen. Übungsabend im Zimmer 3.
Schriftsetzer — Maschinenarbeiter. Versammlung. Zimmer 3.
Arbeiter-Stenographen (System Krcmb). Übungsabend im Zimmer 5.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.
Sonabend, den 17. Juni:
Schwimmverein „Poseidon“. Stiftungsfest.
Freisportler im Garten. Anfang Nachmittags 4 Uhr.
Montag, den 19. Juni:
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Volkswacht-Agitation.

Sonntag, den 18. d. Mts., Morgens 8 Uhr, findet von der Lokal von K. und J. Westendstraße 58 aus eine Agitation für die „Volkswacht“ statt. Wir ersuchen alle, besonders aber die Genossen der Nikolaistraße, um recht rege Teilnahme.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Laub).
Montag.

Laubdrift 15 (Zschanz). Donnerstag, den 15. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft bei Ubrich (früher Hücker) in Kl.-Zschanz. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen und eines jeden Genossin, zu erscheinen.

Die die Infanterie übernahm die Rekruten aus der

Freitag, den 16. Juni 1911.

38. Deutscher Gastwirtetag.

Braunschweig, den 14. Juni 1911.

Generalsekretär Bräuner-Berlin sprach heute über die neue Verwaltungsreform vom Standpunkt des Gastwirtsverbandes. Er verlangte vor allem die Errichtung von Gastwirts-kammern, die der Regierung als Berater zur Seite stehen sollen. Außerdem verlangt er eine Anhörung der Beteiligten vor der Verabschiedung der neuen Reform, damit nicht auch zu-

letzt der Gastwirt in steter Furcht vor Landrat und Polizei zu leben braucht. Die Beteiligten haben ein Recht darauf, gehört zu werden, insbesondere nach den Erfahrungen mit der Reichsversicherungsordnung. Wären hierbei die Beteiligten gehört worden, so hätte die Reichsversicherungsordnung wahrscheinlich eine andere Gestalt bekommen und sie wäre nicht mit verhängnisvollen Fehlern behaftet worden. Trotzdem hat der Reichstagspräsident es fertig bekommen, in seinem Ostergruß von der Vollkommenheit der Reichsversicherungsordnung zu sprechen, und der Präsident des Abgeordnetenhauses hat ja sogar in Köln die Behauptung aufgestellt, daß die indirekten Steuern keine außerordentliche Belastung seien. Wie kann man solche Sätze aussprechen, wenn wir zu gleicher Zeit lesen müssen, daß Braunschweiger Fabriken ihre Betriebe einstellen mußten, daß Hunderte und Aberhunderte von Arbeitern die Straße gehend und an einzelnen Orten sogar die Reichsbankstellen aufgehoben worden sind, nur weil die Kaufmannschaft nicht mehr die Kosten aufbringen kann. Wie kann man so sprechen, wie die Präsidenten der Parlamente, wo doch der Abgeordnete Wassermann noch vor wenigen Tagen erklären konnte, daß die Wunden, die die Reichsfinanzreform geschlagen hat, noch lange nicht überunden sind. Wie können die berufenen Vertreter unserer Parlamente zu einer derartigen Neuerung kommen! Ich sage, das wäre alles wahrscheinlich nicht soweit gekommen, wenn man uns rechtzeitig gehört und sich nach unseren Ratschlägen gerichtet hätte. Es ist unglaublich, daß ein konservatives Blatt noch vor einigen Tagen schreiben konnte: die konservativen Parteien hätten diese Finanzreform der Regierung aufzuzwingen. (Hört, hört!) Und ist es nicht eine schmachvolle Selbstanklage, wenn in der Reichstagsitzung vom 30. März ein liberaler Abgeordneter dem Abg. v. Geyndeband zurief: Wollen Sie es leugnen, daß es beklagenswert ist, wenn ein großer Teil der Bevölkerung von der Mitwirkung an der Gesetzgebung ausgeschlossen ist? Das gilt auch für die Verwaltungsreform. Wir können hier nicht mitreden. Wir sagen jetzt aber, der Worte sind genug gewechselt.

laßt uns endlich Taten sehen.

Der Abg. Dr. Köstke, der Leiter der Geschicke des Bundes der Gastwirte, hat gesagt, die Reichsfinanzreform wäre eine patriotische Tat gewesen, wer eine Steuer ablehnt, ist kein Patriot. Damit hat sich Dr. Köstke selbst das schlimmste Brandmal aufgedrückt, denn er ist es gewesen, der die Erbschaftsteuer zu Falle bringen half. (Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, daß wir, die wir nicht den Grundrissen Dr. Köstkes folgen, doch eine viel stärkere Treue für Kaiser und Reich in uns tragen. (Leb. Zustimmung.) Im Reichstags-Abgeordnetenhaus hat der Minister des Innern v. Dallwitz erklärt, daß sich Gastwirte zu Gemeindefunktionen nicht eignen, weil sie von der Bevölkerung zu sehr abhängen. Damit hat er unsern Stand ein Verdammt aufgedrückt, das wir sobald nicht vergessen werden. Wenn man bedenkt, daß der Kaiser selbst einen Klempnermeister in das Herrenhaus berufen hat, dann wird man doch einen Gastwirt wenigstens für das Amt eines Gemeindefunktionen fähig halten. Der Minister war aber zu einer Verrücktheit seiner Ansicht nicht zu bringen und so haben wir dem Abg. Dr. Wiemer die Unterlagen geliefert, um diese Sache im Reichstag zur Sprache zu bringen. Da wurde gesagt, daß die Befähigung als Gemeindefunktion nicht erfolgt sei, weil der Wirt in seinem Lokal einmal eine sozialdemokratische Versammlung gebildet habe. (Hört, hört!) Damit sei gesagt, daß der betreffende Wirt selbst Sozialdemokrat sei. (Hört, hört!) In Wirklichkeit war er aber kein Sozialdemokrat. Auf seine Bestreben an die Minister bekam er die Antwort, daß zum Einschreiten kein Anlaß vorhanden sei, und damit sollte die Sache erledigt sein. (Hört, hört!)

Als die Borromäus-Engkista soviel Staub aufwirbelte, schrieb ein Herrliches Blatt: Roma locuta est, causa finita. Wir sollen uns nach dem Satz richten: Dalwitz locutus, causa finita. (Sehr richtig!) Wir werden die Sache schon verfolgen und an den maßgebenden Stellen zur Sprache bringen. Wir werden den Minister fragen, ob er einverstanden ist mit dem Standpunkt eines Amtsvorsethers.

der die Verfügung erlassen hat, daß Gastwirte, die ihren Saal Sozialdemokraten zur Verfügung stellen, selbst Revolutionäre seien, daß ein solcher Gastwirt, der seine Existenz dem Staatswohl vorzieht, mit der Sozialdemokratie partiiere. (Hört, hört!) Wir werden hier keine Parteipolitik, sondern vertreten die Interessen unseres Standes und da kann ich Sie nur alle antworten, mitzukämpfen für die Gleichberechtigung aller schaffenden Stände in Gesetzgebung und Verwaltung. Wir wollen uns gegen jede Bevorzugung wehren und wir wollen, daß Mißmut und Verdrossenheit aufhören. Dazu haben wir die richtigen Männer in die Parlamente zu schicken, deshalb ist die Lösung: Auf zur Reformarbeit auf allen Gebieten! (Leb. Beifall.)

Hierauf wurde einstimmig und debattelos eine Resolution angenommen, die den geschäftsführenden Ausschuss beauftragt, die schon früher eingeleiteten Schritte zur Errichtung von Gastwirts-kammern angeht, die der gegenwärtigen Verhältnisse im Gewerbe ungeeignet wieder aufzunehmen und mit allem Nachdruck auf die Verwirklichung dieser Forderung zu dringen.

Der Weifenfelder Landfriedensbruchprozeß.

Vor dem Schwurgericht in Naumburg begann am Mittwoch ein Landfriedensbruchprozeß, der sich gegen 14 Weifenfelder Arbeiter und Arbeiterinnen richtet. Die Ursachen dieses Prozesses liegen nicht zuletzt in der Verleumdungsjagd und niedrigen Kampfesweise der arbeitserneuerlichen Presse. Bei den Angeklagten handelt es sich meistens um junge Leute im Alter von 16 bis 20 Jahren. Sie haben am 21. Februar dieses Jahres, zur Zeit des Streiks der Weifenfelder Schuhmacher, vor der böhmischen Schuhfabrik aus dem Betriebe kommende Arbeitsschlichter auf ihrem Nachhausewege nach Selau begleitet, sie angerepelt, beleidigt und teilweise auch mißhandelt. Während des Lohnkampfes hatte die Streikleitung den Streikenden Ruhe und Besonnenheit strengstens zur Pflicht gemacht. Die Parole ist auch im allgemeinen Fabrik wurden am 21. Februar hatten sich vor der böhmischen Schuhfabrik mehrere hundert Arbeiter, meist halbwüchsige Burschen und am Streik nicht beteiligte angeordnet, die auf die Arbeitsschlichter einzuwirken beabsichtigten. Es kam darauf zu den Vorfällen, die jetzt Gegenstand des Prozesses sind. Die bürgerliche Presse schimpft und lästert dem Staatsanwalt. Die Angeklagten sind sich wohl alle der Tragweite ihrer Handlung nicht bewußt gewesen. Das geht schon daraus her-

vor, daß sie ihre Verfehlungen, soweit solche begangen wurden, ohne weiteres eingestanden. Die Anklage legt ihnen zur Last, daß sie

ämtlich an einer öffentlichen Zusammenrottung, bei welcher mit vereinten Kräften gegen Personen Gewalttätigkeiten begangen wurden, teilgenommen haben.

Ein Teil von ihnen: Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen und Arbeitsschlichter öffentlich beleidigt zu haben. Wie sehr damals von der bürgerlichen Presse übertrieben und entstellt wurde, beweist folgender Satz der Anklageschrift: „... im übrigen aber waren die Verleumdungen, wenn auch nach dem ärztlichen Befund die Angaben über ihre Entzündung zutreffen, unerheblich, und jedenfalls nicht geeignet, eine dauernde Schädigung der Gesundheit der Betroffenen herbeizuführen.“ — Ausdrücklich betont die Anklageschrift, daß von der Streikleitung nicht und noch am Vormittag des 21. Februar ausdrücklich vor jeder Verleumdung von Arbeitsschlichtern gewarnt worden sei.

Die Verhandlung dürfte zwei bis drei Tage dauern. Unter den 37 Zeugen befinden sich unter anderem der Gewerkschaftssekretär Genosse Goeppert und der Polizeikommissar Dachs. Die Verteidigung der Angeklagten haben drei Naumburger Rechtsanwältinnen und Genosse G. e. n. e. Berlin übernommen.

Arbeiterbewegung.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker im Jahre 1910.

Das lithographische Gewerbe, das in erster Linie der Herstellung von Plakaten und Luxusartikeln dient, ist im Besonderen auf den Wohlstand angewiesen. Durch die Zoll- und Handelspolitik ist aber das amerikanische Absatzgebiet nahezu völlig unterhanden und auch nach den anderen Ländern ist die Umsatzziffer sehr erschwert, beinahe unmöglich. Daneben ist auch in Deutschland durch die Einführung der Tabaksteuer eine große Verringerung des Bedarfs an lithographischen Tabakpackungen eingetreten, so daß dadurch die Arbeitslosigkeit im lithographischen Gewerbe schon seit langer Zeit außerordentlich groß ist. Eine Forderung ist auch kaum mehr zu erwarten, eher kann noch eine weitere Einschränkung des Gewerbes durch die Lage des Weltmarktes eintreten.

Diese große Arbeitslosigkeit veranlaßt viele Mitglieder des Verbandes, dem Berufsstand zu fliehen oder nach dem Auslande auszuwandern, wodurch ein Mitgliederabgang eingetreten ist. Am Anfang des Berichtsjahres hatte der Verband 17.505 Gehilfenmitglieder und 3277 Lehrlingsmitglieder und am Ende des Jahres 1910 waren nur noch 16.723 Gehilfenmitglieder und 3025 Lehrlingsmitglieder in 153 örtlichen Zahlstellen vorhanden, wobei beachtet werden muß, daß dem Verbande etwa 90 Prozent aller Berufsangehörigen als Mitglieder angehören.

Der Verband gewährt seinen Mitgliedern bei einem Wochenbeitrag von 1,30 Mark Unterstützung in fast allen Lebenslagen, was aus nachstehenden Ausgabenposten hervorgeht. Es wurde im Jahre 1910 vorausgesehen für: Wahrungsgeldauszahlung (drei Viertel des verdienten Lohnes wird gezahlt und für jedes Kind 1 Mark extra) 10.222 Mark, Rechtschutz 1511 Mark, Umzugsunterstützung (bis 180 Mark) 15.315 Mark, Reiseunterstützung (3 Wg. pro Kilometer-Luftlinie) 29.351 Mark, Arbeitslosenunterstützung (pro Woche 9 bis 15 Mark) 158.118 Mark. Außerdem wurde an die ausgesteuerten Arbeitslosen für die fernere Dauer ihrer Arbeitslosigkeit eine kleine wöchentliche Ergänzung ausbezahlt (die Zeitigen erhalten wöchentlich 3 Mark, die Verheirateten 5 Mark), die Gesamtausgabe hierfür betrug im Jahre 1910 14.121 Mark. — An Krankenunterstützung für Gehilfenmitglieder (pro Woche 10,80 Mark auf die Dauer von 52 Wochen) wurden 262.112,40 Mark und an Lehrlingsmitglieder (bei einem Wochenbeitrag von 10 Wg. 3 Mark Krankengeld) 17.573 Mark ausbezahlt. Für Invalidenunterstützung (5 bis 7 Mark pro Woche, je nach der Dauer der Invalidität) auf die Dauer der Invalidität) wurden an 301 Invaliden 101.954 Mark ausbezahlt und für Witwenunterstützung (die hinterbliebenen Witwen verstorbenen Mitglieder erhalten auf Lebenszeit 2,50 Mark bis 3,50 Mark wöchentlich) wurde im Jahre an 306 Witwen 53.909 Mark ausbezahlt. Für Sterbegelder wurden insgesamt 16.133 Mark vorausgesehen. (Für Gehilfenmitglieder je 50 bis 100 Mark, deren Frauen 50 Mark und für verstorbenen Lehrlingsmitglieder 25 bis 50 Mark). Trotz dieser hohen Ausgaben sind die Kassenverhältnisse des Verbandes günstig. Die Gesamt-Einnahmen betragen im Jahre 1.178.756 Mark und die Gesamt-Ausgaben 1.049.111 Mark, so daß ein Reinerlös von 129.645 Mark zu verzeichnen ist. Das Gesamtvermögen aller Klassen des Verbandes (einschließlich des Kassenbestandes der vorhandenen Invalidenliste in Liquidation) beträgt am Schluß des Berichtsjahres 913.547 Mark. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage im Gewerbe konnten eine ganze Reihe erfolgreicher Lohnbewegungen geführt werden. — Insgesamt fanden im Jahre 1910 in 121 Orten 161 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen statt, die sich über 403 Betriebe mit 5714 Beschäftigten erstreckten. Von diesen Bewegungen erzielten 145 mit 5221 Beteiligten erfolgreich, 5 mit 253 Beteiligten teilweise erfolgreich und 11 mit 235 Beteiligten erfolglos. Durch die Gesamtzahl der Bewegungen wurde für 1979 Personen Arbeitszeitverkürzung von 3609 Stunden wöchentlich, für 2131 Personen Lohnerhöhungen von 3026 Mk. wöchentlich und für 2227 Personen sonstige Verbesserungen erreicht. Die Gesamtaufwendungen für diese geführten Bewegungen betragen 53.371 Mark.

Alles in allem hat sonach der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe auch im Jahre 1910 trotz der außerordentlich ungünstigen Lage des Gewerbes und trotz des dadurch hervorgerufenen Mitgliederabganges seinen Aufgaben tatkräftig gedient. Er gab den Mitgliedern in allen Lagen des Lebens einen festen Rückhalt und wirkte unachlässig für die Hebung der Lage des Berufes.

Lohnbewegung der Berliner Straßenbahner.

In den letzten Wochen macht sich bei den Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn eine lebhafteste Bewegung bemerkbar, die dadurch ihren Anfang nahm, weil die Direktion, die von dem Personal durch die Vertrauensmänner eingereichten Wünsche auf Lohnherabsetzung nicht nur ablehnte, sondern überhaupt nicht zur Diskussion zuließ. Gefordert wurde ein Anfangsgehalt für Schaffner von 105 Mark, für Fahrer 125 Mark pro Monat. Für die Erlassbediensteten von Tag 4 Mark und Anstellung nach sechsmonatlicher Probezeit.

Der Betriebsdirektor Meyer erklärte in einer Konferenz, daß er diese Wünsche als eine „maßlose Unverschämtheit“, sogar als Aufforderung bezeichnen müsse. Er würde schon deshalb nicht darüber diskutieren lassen, um sich selbst nicht dieser Aufforderung mit schuldig zu machen.

Diese Antwort der Direktion brachte die Gemüter der Straßenbahner in Aufregung, die in einer vom Transportarbeiter-Verband einberufenen Versammlung zum Ausdruck kam. In dieser von mehreren Tausend Straßenbahnern besuchten Versammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es u. a. hieß:

„In der Ablehnung ihrer Forderungen erblicken die Versammelten eine Mißachtung ihrer Tätigkeit und ihres Fleißes, die sie nicht im Interesse der Gesellschaft auszuüben haben, und sie sind zu der festen Ansicht gelangt, daß das je-

oft belohnte Wohlwollen der Direktion nur in seiner Wirkung nach außen hin besteht. Die Unweisenden sind deshalb der Meinung, daß es Pflicht des gesamten Personals sei, sich seiner gewerkschaftlichen Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, anzuschließen, um dadurch seinen Wünschen mehr Nachdruck verleihen zu können.“

Das in der Resolution im letzten Absatz gegebene Versprechen haben die Straßenbahner gehalten, denn in den auf allen Bahnhöfen einberufenen Versammlungen sind Angestellte in großen Scharen dem Transportarbeiter-Verband beigetreten. Ueberhaupt waren berartig stark besetzte Versammlungen noch nie zu verzeichnen. Die Antwort der Direktion hat also das, was nach jahrelanger Agitation nicht möglich war, nämlich gemacht; jedenfalls wird sie zur gegebenen Zeit eine entsprechende Antwort erhalten.

Erfolgreiche Bewegung der Metallarbeiter in Frankfurt (Main).

Vor kurzem beschloßen die in Frankfurt a. M. beschäftigten Arbeiter der Metallindustrie, an die Unternehmer die Forderung zu stellen, die tägliche Arbeitszeit, die seither 10 Stunden betrug, auf 9 1/2 Stunden zu verkürzen bzw. die 57 Stundenwoche einzuführen.

Das Verlangen stieß auf heftigen Widerstand, die Forderung zu erfüllen wurde für direkt unmöglich erklärt. In großer Geschlossenheit wurde dann die Kündigung eingereicht. Daraufhin kamen dann Verhandlungen zwischen beiden Organisationen zustande. Diese Verhandlungen, nach deren Resultat ab 3. Juli eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden und ab 1. Januar 1912 die endgültige Verkürzung auf 57 Stunden erfolgen sollte, waren insofern ergebnislos, als dieses Resultat einstimmig am 9. Juni von den Arbeitern abgelehnt wurde. Beschlossen wurde aber zugleich, daß über die am 10. Juni abgelaufene Kündigung hinaus weitergearbeitet werden soll und daß abgewartet werden soll, ob die Verhandlungen vom 12. Juni, die für den Fall einer Ablehnung vorzulegen waren, ein zufriedenstellendes Resultat erbrachten. Dies wurde auch erreicht. Es wird in Frankfurt a. M. die 57 Stundenwoche endgültig ab 2. Oktober 1911 eingeführt und ab 3. Juli bleibt es bei dem seitigeren Zustand einer Verkürzung von 1 1/2 Stunden pro Woche.

Einstimmig akzeptierten in einer Kreisversammlung die Arbeiter die Abmachungen, die einen vollen und schönen Erfolg bedeuten, der nur der Einigkeit und Geschlossenheit sowie dem nachdrücklichen Eintreten ihrer Organisation, dem Metallarbeiterverband, zuzuschreiben ist.

Soweit über die einzelnen Frankfurter Firmen die Sperre verhängt ist, ist diese aufgehoben.

Etwas über 3000 Arbeiter werden von dem Erfolge betroffen. Eine Kürzung der Verdienste mit durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht ein.

Erfolgreich beendet Kampf. Der Streit in der Stahlbergischen Oelmühle in Steutin ist nach einer Dauer von neun Wochen zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Der Kampf brach aus, als ein Arbeiter aus einer Mitteilung des Betriebsratsweise verweist wurde und die Betriebsleitung sich weigerte, die Verletzung zurückzunehmen. Die Arbeiter durch Abstrichung verließen den Betrieb; die anderen Abteilungen wurden entlassen, weil sie sich weigerten, die Arbeit ihrer ausländischen Kollegen zu verrichten. Die eingeleiteten Verhandlungen schlugen fehl, da die Betriebsleitung verschiedene Arbeiter nicht wieder einstellen sollte und außerdem eine solche Reduktion der Arbeitsdauer plante, daß sich der Tagesverdienst einzelner um 75 Prozent verringern würde. Die Betriebsleitung wollte eingreifen, aber die Betriebsleitung durfte nicht mit dem Verband verhandeln, da der Arbeiterverband es verboten hatte, der außerdem befehl, auf den Akkordabzügen zu bestehen. Die Betriebsleitung verzögerte sich aus Furcht vor den Streikführern, mit denen sie aber nur trübe Erfahrungen machte. Die Betriebsleitung sah sich gezwungen, von den Akkordabzügen Abstand zu nehmen und auch alle ihre alten Arbeiter wieder einzustellen.

In der Sächsischen Waggonfabrik in Leubnitz bei Zwickau (Sachsen) haben sämtliche Arbeiter, Metallarbeiter aller Branchen, Tischler, Stellmacher, Sattler, Maler und Tapezierer, wegen Lohnminderungen ihre Kündigung vollzogen. Die Leitung dieses Werkes bemüht sich, sich Ersatz aus allen Ecken Deutschlands, vorzüglich aus Polen und Schlesien, heranzulocken. Wir erziehen die Arbeiter dafür zu sorgen, daß der Zugang unter allen Umständen ferngehalten wird. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.

Lohnbewegung der Bäcker in Mannheim. In Mannheim haben am Dienstag 300 Bäcker die Arbeit niedergelegt. In 67 Betrieben arbeiten 118 Gejellen zu den neuen Bedingungen.

Aus Oberschlesien.

Welchen Wert hat die Organisation der Facharbeiter.

Der freigeordnete Arbeiter ist davon überzeugt, daß die Facharbeiter ihm in seinem Vorwärtstreben nach besserem Lohn und Arbeitsbedingungen nur ein Hemmnis sind. In Oberschlesien jedoch, wo die Arbeiterschaft im Jahre der Arbeiterschaft ist diese Erkenntnis noch nicht durchgedrungen, so daß die Arbeiter in Ehrfurcht noch manche Hochburg inne haben. Der Versuch der „Christlichen Gewerkschaften“ hier ebenfalls seinen Fuß zu fassen, führt dazu, daß sich die christlichen Führer aus reinem Konkurrenzneid einmal in die Haare kriegen. Es steht fest, daß bei solchen Zusammenstößen die Facharbeiter in der Position sich insoweit besser sehen, als fast ausnahmslos die katholische Geistlichkeit auf ihrer Seite steht und damit auch das wichtigste Agitationsmittel, der Reichthum und die Kanzel. Fast wären es, als wenn durch den letzten Griebenrief des Bischofs Kopp, der Friebe geschlossen wurde. Den Griebenrief aber zu befolgen heißt, in Oberschlesien die christlichen Gewerkschaften aufzulösen. Dieses wollen die christlichen Gewerkschaften nicht, und daher geht der Kriegszug weiter. Aus dem ganzen Gängen ist nur das eine interessant, wie die christlichen Führer die „Facharbeiter“ einschätzen.

In Kohnitz fand eine christliche Maureerversammlung statt, in welcher der Gewerkschaftssekretär und Stadtvorordnete Ehrhardt-Kalkowitz referierte. In Bezug auf die „Facharbeiter“ führte Ehrhardt nach dem Bericht der „Oberschlesischen Zeitung“ (Zentrumsblatt) folgendes aus:

„Die Fachabteilungen sind überhaupt keine Organisationen, das ist nur ein Leipziger Merkmal, in dem bloß Bundesländer, Wirt und Gegenbatter, Schneider und Schuster sind; sie sind nur ein hässliches Geseß, das nicht leben und nicht sterben kann, aber in 3 bis 4 Jahren tot ist. Die Fachabteilungen sind keine selbstständigen Organisationen, denn sie werden von Herren geleitet, die von der gewerkschaftlichen Tätigkeit keine Ahnung haben, es sind Doktoren und Theologen. Diese Führer sind die Lehrer; müssen die reinen Unversitätsmenschen sein, denn sie müssen in allen Berufen arbeiten und dem Arbeiter auch noch von Arbeit und Religion vortreiben. Das besteht diese Geseß von der Religion. Die Berliner Arbeiter sind gar nicht fähig, Tarifverträge abzuschließen. Wenn sie irgendwas etwas anfangen und können damit nicht durch, so schreiben sie: „Nurum Kobornum“ und wieder „Nurum Kobornum“ und wollen damit die Arbeiter beruhigen. Die christ-

Wenn Gewerkschaften müssen mit den Sozialdemokraten gehen, denn allein können sie nichts ausrichten. Die Sacharbeiter brauchen wir nicht zu fürchten. Denn wenn sie ihre Forderungen, Währungs- und Lohnfragen abrechnen, so kommen noch höchstens 60 Arbeiter in Betracht, auf die wir gern verzichten, denn es sind nur minderwertige Kräfte."

Herr Ehrhardt muß ja wissen, was seine Papiere wert sind. Er gehet ja als Kammerrentner zum Zentrum, den Sozialdemokraten und den Sacharbeitern, die ebenfalls Zentrumskandidaten sind, am engsten verwandt sind. Der oberste Sacharbeiter ist nun in der glücklichen Lage, den wahren Wert der Sacharbeiter auch von einem mit den Verhältnissen am besten vertrauten Manne gehört zu haben. Wenn auch recht spät, so aber "salzig".

Deutsches OZ. 11. Juni. Vom ober-schlesischen Wirtschaftsmarkt 1910 gab die Handelskammer in Oppeln ihren Jahresbericht heraus. Die Hoffnungen auf das Gelingen einer Beschleunigung haben sich nicht erfüllt. Allgemein und voraussichtlich noch auf lange Zeit wird der ober-schlesische Markt unter der verhaltenen Krise zu stehen haben. Das allgemeine Anziehen der Lebensmittelpreise, sowie überhaupt die Verteuerung der Lebensbedingungen haben die Kaufkraft der breiten Schichten der Bevölkerung allgemein verringert. Zwar hat sich die Nachfrage nach Rohstoffen und Kohlen gehoben, dagegen nach Textilien, Ungarn, den Balkanländern und der Schweiz vermindert. Die Verminderung der Nachfrage nach diesen Staaten verläuft sich auf 310.000 Tonnen. Wenn das Jahr 1910 eine Erregung neuer Inlands-Abgabengebiete mit sich brachte, so war dieses nur unter finanziellen Opfern möglich. Aus dem Konkurrenzkampf gegen die Einfuhr von englischer Kohle besonders in Süddeutschland, ist nicht viel geholt worden, so daß Ober-schlesien von den dortigen Abgabengebieten wenig zu hoffen hat. Einen sehr erheblichen Schlag erhielt der ober-schlesische Kohlenmarkt dadurch, daß der Vertrag mit den Berliner städtischen Gasanstalten, nicht erneuert wurde. Die seit 30 Jahren jährlich 300.000 Tonnen Kohle von den schlesischen Bergwerken in Ober-schlesien bezogen haben. Auch da heißt es: Wird durch englische Kohle der Bedarf ersetzt werden? (Über von Stimm? D. S.) Wenn die Erweiterung der Abgabengebiete eine Gesamterhöhung von 310.000 Tonnen brachte, ist das nicht auf einen günstigen Wirtschaftsmarkt, sondern den günstigen Wasserstand der Oder, die durch die Cholera bedingten Forderungen im russischen Lennegrevier sowie der glänzenden Silberernte und dem damit verbundenen erheblich höheren Kohlenbedarf der Hüttenindustrie zuzuschreiben.

Der ober-schlesische Kohlenbergbau ist mit großen Kohlenbeständen in das Wirtschaftsjahr eingetreten. Weil eine Verringerung auf dem Kohlenmarkt nicht eingetreten ist, war man geneigt, Preisrückstellungen einzulegen. Es wurden im Berichtsjahr 196.000 Tonnen weniger gefördert.

Für die Zukunft sieht es noch trauriger aus. Durch die hohen Jahre 1900 und 1907 sind 20 neue Schächte abgetrieben worden. Jetzt sind diese Schächteanlagen immer ge-diehen, daß sie auf Kohlenförderung warten. Bringt daher das kommende Jahr nicht die gewünschte Nachfrage, so müssen weitere Schächte eingelegt und Arbeiter entlassen werden. — Nach diesem Bericht bilden die ober-schlesischen Berg-Verketen einer traurigen Zukunft entgegen. Das Jahr 1910 hat nicht allein Preisrückstellungen, sondern erhebliche Lohnreduzierungen mit sich gebracht. Leider haben die ober-schlesischen Bergarbeiter dem "Deutschen Bergarbeiter-Verband" noch zum größten Teil fern, indem sie auch weiterhin gegenüber den Zuschüssen des Kapitals nachlos bleiben.

— Vom Schlachtfeld der Arbeit. Durch her-abbrechendes Gestein verunglückten auf der Königin Luisegrube die Erdarbeiter Raschel und Kornas. Während Raschel mit erheblichen Verletzungen davonkam, ist Kornas tot. — Auf der Helmgrube wurden die Bergpraktikanten Stolarzki und Nowak aus Beuthen durch einen zu früh los-gegangenen Sprengschuß schwer verletzt. Durch hereinwürgende Kohlen verunglückte der Bauer Schalon auf der Schlesien-grube schwer.

Deutsches OZ. 13. Juni. Das Spiel mit einem Revolver am heiligen Gymnasium, bei dem am 8. März d. J. der 16-jährige Sohn des Oberbürgermeisters Dr. Grünung erschossen wurde, hatte am Mittwoch vor der Strafkammer das gerichtliche Nachspiel. Der Täter, Krontel, war neben fahrlässiger Tötung auch wegen Diebstahls ange-lagt. Er hatte nämlich mit dem Oberretter Schilon-owski den Waffner in Deutsch-Brietar neben anderem um die Schusswaffe und ferner einen Juwelier bestohlen. Krontel wurde zu neun Monaten, Schilonowski zu vier Mo-naten Gefängnis und ein dritter Oberretter, der von dem gestohlenen Gelde 60 Mark Schweigegeld erhalten hatte, zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Büchsenmacher Frankowski, der die Patronen zu der Promingpistole ohne Patentschein lieferte, wurde zu vierzig Mark Geldstrafe verurteilt.

Königsgrube. 15. Juni. Mit Bitten will man es erreichen. Schon mehrmals haben wir uns veranlaßt, an dieser Stelle über die Arbeiterverhältnisse und Straffahren der vereinigten Königsgrube zu berichten. Direktor dieser Werke

ist Herr Pilger. Da die Arbeiterkassette der Werke der Organi-sation noch fern steht, haben sie die Kräftezeit durch Lohnredu-zierungen umso mehr zu spüren bekommen. Diesmal sind es mehrere katholische Arbeiter, die an Herrn Pilger eine Bitte richten, die unter "Eingelände" im "Kurier" erschienen ist. Sie lautet:

Wir Arbeiter von der Hochmaschinenabteilung bitten den Herrn Direktor um eine Verringerung in unserem traurigen schweren Weiterleben. Vor allem bitten wir um Erhöhung des Lohnes, denn es ist kaum möglich, für diesen Lohn zu leben. Wir haben vom ganzen Königshütter Werk den niedrigsten Verdienst und die längste Arbeit. Ununterbrochen arbeiten wir den ganzen Monat, da bei uns keine Sonn- und Feiertage sind. Hier sind noch die Vorschriften, die vor dreißig Jahren herrschten. An Sonntagen arbeiten wir achtzehn Stunden. An Mittagen wechseln wir uns ab; da hat weder der, der Tagelohn hat, einen Sonntag, noch der, der Nachtschicht hat. Der eine hat in einem Viertel des Jahres einen Sonntag frei, der andere wieder nicht. Wir verläumen aus diesem Grunde vollständig den Gottesdienst. Man neigt zu der Annahme, daß die Sonntagsarbeit zu 24 Stunden hätte eingeteilt werden können, damit wir auch den Sonntag feiern könnten, denn bis jetzt genügt diese Zeit nicht zur Erfüllung unserer Christenpflicht. Andererseits bitten wir den Herrn Direktor um eine Erhöhung des Lohnes, da man nicht im-stande ist, für dieses Geld zu leben.

Mehrere Arbeiter.

Der "Kurier", der sonst immer über das leibliche Wohl des Herrn Pilger sehr besorgt ist, hat hier wieder etwas verjämmt. Bei dem letzten Bischofsbesuch in Ober-schlesien ist Herr Pilger als Patron der Kirchengemeinde in Steniarowitz gefeiert worden. Es scheint ihm in seiner Funktion als solcher nicht eingeschrieben worden zu sein, daß Sonntags auch für Arbeiter Kirch-gang ist. Obwohl wir es gerne sehen möchten, so glauben wir doch nicht, daß Herr Pilger die Bitte dieser Arbeiter erfüllen wird. Herr Pilger, der den Arbeitern und Beamten selbst den Umgang mit katholischen Arbeiter-Sekretären verbietet, ist nicht nach dem Folke geschickt. Es ist ja leicht verständlich, daß sich durch das Verbot den katholischen Arbeiter-vereintler dieser Weg erschließt. Eine Verringerung aber wird erst dann eintreten, wenn die Arbeiter Mann für Mann dem deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. Das ist um so dringender nötig, als nach den Berichten der Handelskammer keine Verringerung, sondern weitere Lohnreduzierungen zu erwarten sind.

Deutsches OZ. Deutscher Metallarbeiter-Ver-band. Am Sonntag den 17. d. M., Abends 8 Uhr im Ge-werkschaftslokal, Gohlstraße 7. Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Bismarckhütte - Schwientochowitz. Sozialdemo-kralischer Verein. Sonntag, den 18. d. Mts., Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftslokal in Bismarckhütte. Gedenkdorffir. 2: sehr wichtige Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Sohelände-Lipine. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntag, den 18. d. M., Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftslokal in Lipine, Schulstraße 20. Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Abnail. 15. Juni. Eine festsame Mißbildung ist lebend beim Bauer Esikist in Challengitz zu sehen. Von 10 Dünnerriern, die er zum Ausreiten einer Stuchenne unter-legte, kamen 9 normale Stüchden heraus. Das 10. Tier zeigte mangelhafte Stüchdenform, aber niedrige Entbebenne mit Schwimmlüsen. Schnabel, Kopf usw. sind typisch genau sowie bei einem Stüchden.

Abnail. 15. Juni. Falsche Dreimarkstücke, die den ganzen ober-schlesischen Industriebezirk überschwommen, gelangten in letzter Zeit im Kreise Abnail wiederholt zur Ausgabe. Die Falschstücke, bei denen die Randumschrift "Gott mit uns!" fehlt, tragen das Bildnis Wilhelm II., das Münzzeichen A, die Jahreszahl 1909 und sind sehr leicht zu erkennen. Man ver-mutet, daß die Verfertiger der Falschmünzen sich in Kattowitz be-finden, von wo aus die Falschstücke in die benachbarten Kreise vertrieben werden. Um dem zureichen der Falschmünzer ein Ende zu bereiten, fordert der Regierungspräsident zur Nach-forschung auf und bittet denjenigen, der sie ermittelt und zur Anzeige bringt, daß ihre gerichtliche Verurteilung erfolgen kann, eine Belohnung in Höhe von 300 Mark zu!

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Chlan. 15. Juni. Aus der Stadterverwaltung. 21 Jahre lang hat die letzte Stadterordnetenversammlung zu er-lebigen. Bürgermeister Dahm hatte an den Magistrat das Er-suchen gerichtet, ihm das Bürgerrecht zu verleißen. Auf Antrag des Magistrats kamme die Versammlung für die Verleißung. Weiter wurde der Bürgermeister als Kreisabgeordneter ge-wählt. Von den Parteigebunden Revisionen der Spar- und Röm-merwerke und von dem Einspruch des Magistrats gegen den Ent-wurf der neuen Scherppagelstraße wurde Kenntnis genommen. Jugendum wurde der lebenslänglichen Anstellung des Stadt-richters Hochhuth vom 1. Juni 1911 ab. Da die Mieterin einer Wohnung im städtischen Grundbesitz kündigt, sich aber auf eine Ausweisung kein neuer Mieter fand, wurde der

Mietpreis von 119 auf 90 Mark jährlich herabgesetzt. Für die-sen Preis behält die bisherige Mieterin die Wohnung weiler. Zugestimmt wurde dem dritten Nachtrag zu den Satzungen der Gemeindefürsorgeanstalt. Zu dem Ostpreussischen Staatsver-bandskongress, der am 12., 13. und 14. Juni hier stattfand, wurden die Kosten für Ausrichtung der Straßen sowie ein Bei-trag von 150 Mark als Festzuschuß bewilligt. Ob wohl die Stadterordneten bei einem Feste der organisierten Arbeiter auch einen Zuschuß bewilligen würden? Nützige Frage, denn diese erhalten nicht einmal die Zustimmung zum Umzuge mit Musik. — Dem Antrag auf Neubau einer Beschlagschmiede und Dis-pensentanz für die 1., 2. und 5. Schwadron wurde zugestimmt. Ebenso dem Antrag von Baumgärtner Grundbesitzern an die Wasserleitung. Ein Punkt betraf die Erhöhung des Arbeitslohns für das Fertigmachen der Ziegeln an den Zieglmeister Gerber. Es wurde beschlossen, den Arbeitslohn von 5,90 auf 6,10 Mark pro Tausend zu erhöhen. Ueber die Anrechnung der Dienstjahre des Bürgermeisters Dahm und die Gehaltsregulierung für den Gasanstalts- und Wasserwerksinspektor wurde in geheimer Sitzung verhandelt. Soll denn die Öffentlichkeit hiervon nichts erfahren? — Die Gemeindefürsorgeanstalt der Stadt Oslau für das Rechnungsjahr 1911 liegt vom 10. bis einschließl. 22. Juni 1911 in der Kammerklasse während der Dienststunden zur Einsicht der Steuerpflichtigen, welche mit einem Jahres Einkommen bis einschließl. 900 Mark zu den fingierten Normalsteuersätzen heranlagt sind, öffentlich aus. Die hier veranlagten Steuer-beträge werden der Gemeindefürsorgeberechnung zu Grunde gelegt. Veranlagungen gegen die Veranlagung sind innerhalb vier Wochen nach Ablauf der Auslegung bei dem Vorsitzenden der Veran-lagungs-Kommission hier selbst einzulegen. Arbeiter, vergeblich nicht bei Steuerlisten einzusehen.

Glogau. 14. Juni. Aus der Bewegung. Unter anderen wichtigen Angelegenheiten, die meistens interner Natur waren, wurde im Gewerkschaftsrat eine fünfjährige Kom-mission gewählt, die die Vorarbeiten wie die Leitung des Ge-werkschaftsfestes mit dem Vorstande zu besorgen hat. Am 28. Juni findet das diesjährige Gewerkschaftsfest statt und zwar in den Plantagen. Im Nachbarorte Zerbau hat die Freie Turnerschaft Fuß gefaßt und zählt bereits 66 Mitglieder. Au-ßer Glogauer Arbeiterkassette liegt es nun, da sich im Stadtkreis sehr viele junge Leute befinden, die gerne turnen wollen, aber den hiesigen Turnvereinen nicht beitreten möchten, durch recht zahlreichen Beitritt in den neugegründeten Verein diesem zum guten Wachsen und Gedeihen zu verhelfen. Am 25. Juni findet voraussichtlich eine außerordentliche Karrierefürsorge statt, zu welcher auch alle Gewerkschaftsvorkände eingeladen werden sollen. Parteisekretär Scholich-Breslau soll referieren.

Parteiangelegenheiten.

Sozialistische Litteratur. Heft 5, 2. Jahrgang der "Neuen Zeit", Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Junge, das jeben erschien, hat fol-genden Inhalt: Frauenfrage und Sozialismus von Nemo. — Unser Wissen vom Ursprung des Menschen, Maxim Gorki. — Vorträge über den christlichen Staat. — Aus der Gegenwart. — Unterricht im Sozialismus von Leopold Jacobi. Kulturgeschicht-liches, Blindenwesen.

In der Sonderbeilage gelangen die Kautsky-Schönlaufschen "Grundzüge und Fortbildungen der Sozialdemokratie" fortlaufend zum Abdruck.

Der Abonnementpreis des Blattes beträgt bei sechsmonatlichem Erscheinen jährlich 3,60 Mk. für Deutschland und Oesterreich-ungarn und 4,50 Mk. für die übrigen Staaten. Bestellungen und Anfragen sind an H. Wendt, Berlin N. 39, Sprenghelfer 1, zu richten. Die Zeitschrift wird nicht im Buchhandel ver-trieben, sondern kann nur durch die angegebene Adresse bezogen werden.

Bestellungen der städtischen Markt-Notierungskommission. Breslau, den 14. Juni.

	gute		mittlere		geringe		Goth
	55 Hl.	niedr.	55 Hl.	niedr.	55 Hl.	niedr.	
Weizen, weißer	29 80	19 40	19 30	18 40	18 80	17 80	
Weizen, gelber	29 20	19 20	19 20	18 30	18 20	17 20	
Hafer	18 40	15 80	15 80	14 90	14 80	13 90	
Gerste	18 80	14 60	14 20	13 80	13 40	13	
Kartoffeln	17 20	16 70	16 60	16 10	16	15 50	
Wicken-Grün	28	22	21	20	19	18	
Erbsen	19 80	12	12 80	16 80	18	18 80	

Seu per 100 Sgr. 6.40—6.50 Mk.,
Sachlohn per 100 Sgr. 4.20—4.60 Mk.,
Stroh-100 Sgr. 2.70—3.10 Mk.

Breslauer Weizenmarkt. Weiz seker per 100 Sgr. inkl. Sach dritte, Weizenmehl 00 seker 28.80—29.— Mk., Roggenmehl 00 seker 23.75 bis 24.25 Mk., Haaren-Sachbade seker 23.25—23.75 Mk., Roggen-mehl untermehl seker 11.00—11.50 Mk., Weizenmehl seker 10.50—11.00 Mk.

Kufeké - Kinder-nahrung - Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung. - Kranken-kost.

Ausschneiden! Erscheint nur einmal! **Ausschneiden!**

Kostenlose Ferienreise!

Nach Schweden und Norwegen führt die

2. Wanderfahrt deutscher Schulkinder

unter pädagogischer Leitung des Prof. Dr. Ludwig Gurkitt, veranstaltet von der A.T.G. für die Sammler der

Saman Tee Gutscheine

Ausser freier Fahrt und Verpflegung erhält jeder Teilnehmer

100 Mark in bar

zur Ausrüstung und zur Fahrt bis zum gemeinsamen Treffpunkt bzw. Rückkehr vom Endpunkt der Reise. Illustrierte Broschüre über die letzte Wanderfahrt auf Wunsch gratis und franko. Näheres in jedem Paket Saman Tee (von 10 Pf. an). Ueberall zu haben.

Allgemeine Teesimport Gesellschaft (A. T. G.) G. m. b. H.

Schluß des Preisausschreibens 20. Juni 1911.

Ziehung nächste Woche (20. u. 21. d. M.)

Rote + Lotterie

(Cöllnhelm Hohenlychen)

50000 Mark W.
20000 " "
10000 " "

u. S. W.
Günstige Gewinne dieser Lotterie werden mit 90% bar zurückgekauft.

Loose à 3.30 Mark Netto und Liste 80 Pfg. extra empfiehlt und versendet 3168

H. Klement, Breslau I, Ring 22,
gerabreiter vom Schenker Keller.
Spezial-Lotterie- und Bankgeschäft.

„Der wahre Jakob“.
Sozialdemokratisches Wochblatt. — Heft 10 Pfg.

Putzt Schuhe nur mit Globin